

Von Danzig bis Tunis

**Arabische Revolutionen 2011
und der mitteleuropäische Systemwechsel 1989
Arabische, polnische und deutsche Erfahrungen**



**Deutsches Polen-Institut Darmstadt
Europäisches Solidarność-Zentrum Danzig**

Konferenz
Berlin, 20. Juni 2012

Von Danzig bis Tunis

**Arabische Revolutionen 2011 und der
mitteleuropäische Systemwechsel 1989**

**Arabische, polnische und deutsche
Erfahrungen**

**Deutsches Polen-Institut Darmstadt
Europäisches Solidarność-Zentrum Danzig**

Konferenz
Berlin, 20. Juni 2012

Berliner Gespräche des Deutschen Polen-Instituts
Heft 1

Konferenz:

»Von Danzig bis Tunis. Arabische Revolutionen 2011
und der mitteleuropäische Systemwechsel 1989.
Arabische, polnische und deutsche Erfahrungen«

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Europäisches Solidarność-Zentrum, Danzig

Redaktion: Dieter Bingen

Übersetzung: Agnieszka Grzybkowska, Ulrich Heiße

Fotos: Andrzej Meller (Titelseite), Reiner Zensen

Graphic Design: Regina Schüle

Herstellung: Ph. Reinheimer GmbH Darmstadt
Darmstadt 2012

ISSN 2196-0526

ISBN 978-83-62853-12-0

Inhalt

- 4 **Vorwort**
- 5 **Programm**
- 6 **Begrüßung**
Prof. Dr. Dieter Bingen
Basil Kerski
- 10 **Einleitende Thesen**
Zbigniew Bujak
- 15 **Panel I**
Revolutionen – Motive, Werte und Methoden
Prof. Dr. Volker Perthes
Dr. Bartłomiej A. Nowotarski
Dr. Ahmad Al-Sadi
Prof. Dr. Bronisław Misztal
Basil Kerski
- 40 **Panel II**
Transformationen – Instrumente und der Faktor
»internationale Solidarität«
Adam Balcer
Prof. Dr. Ali-Ridha Chennoufi
Markus Meckel
Dr. Krzysztof Olendzki
Prof. Dr. Dieter Bingen
- 62 **Biogramme**

Vorwort

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt und das Europäische Solidarność-Zentrum (Europejskie Centrum Solidarności) Danzig veranstalteten am 20. Juni 2012 in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Berlin eine Konferenz unter dem Titel:

Von Danzig bis Tunis.

Arabische Revolutionen 2011 und der mitteleuropäische Systemwechsel 1989. Arabische, polnische und deutsche Erfahrungen.

In der halbtägigen Konferenz sollte ein Vergleich gezogen werden zwischen der Demokratiebewegung in Ostmitteleuropa in den 1980er Jahren mit Schwerpunkt Polen und den revolutionären Entwicklungen im arabischen Raum, die Ende 2010 von Tunesien ausgingen. Es sollten die Vergleichbarkeit und die Unterschiede der Ausgangsvoraussetzungen, der Motive und der Verläufe der Freiheitsbewegungen diskutiert werden.

Eine große Rolle spielte sowohl vor dreißig Jahren in Europa wie für die arabische Welt die Reaktion und Politik der »internationalen Gemeinschaft«. Wie verhält sich die internationale Umwelt zu den zuerst überraschenden, dann verstörenden Bildern aus den Zentren des Umbruchs, der sich damals wie heute nicht auf ein Land beschränkt, sondern ansteckend wirkt? Was war und ist an den Umwälzungen in Europa und im arabischen Raum durch universelle Werte verursacht, was ist spezifisch und unvergleichbar? Die Medien spielten damals eine wichtige Rolle, in der arabischen Welt war der Aufbruch ohne die sozialen Netzwerke nicht denkbar.

Was können wir lernen aus dem Verhalten der Akteure des Umbruchs in Ostmitteleuropa und der Zusicherung von Solidarität von außen bzw. der Verweigerung von Solidarität? Sind Überraschung und Unkenntnis über innere Entwicklungen »damals« und »heute« vergleichbar? Welche Rolle spielt(e) die Angst vor »Destabilisierung«?

Es gibt viele Fragen und wenige Gewissheiten. Die Politik und die demokratische Öffentlichkeit sind täglich gefordert zu reagieren, Signale und Antworten zu geben auf einer unsicheren Informations- und Bewertungsgrundlage.

Diesen Fragen sollte in zwei Diskussionsrunden nachgegangen werden, die wir in dieser Broschüre dokumentieren und einer interessierten Öffentlichkeit vorlegen.

Prof. Dr. Dieter Bingen
Deutsches Polen-Institut

Basil Kerski
Europäisches Solidarność-Zentrum

Programm

- 14:00 **Begrüßung**
- 14:05–14:30 **Einleitende Thesen**
Zbigniew Bujak, Mitbegründer der Solidarność, Teilnehmer der Gespräche am Runden Tisch 1989, ehem. Sejm-Abgeordneter (Warschau)
- 14:30–16:00 **Panel I**
Revolutionen – Motive, Werte und Methoden
Prof. Dr. Volker Perthes, Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin)
Dr. Bartłomiej A. Nowotarski, Wirtschaftsuniversität Breslau
Dr. Ahmad Al-Sadi, (Berlin)
Prof. Dr. Bronisław Misztal, Universität Warschau
Moderation: *Basil Kerski*
- 16:00–16:30 Kaffeepause
- 16:30–18:00 **Panel II**
Transformationen – Instrumente und der Faktor »internationale Solidarität«
Adam Balcer, demosEuropa (Warschau)
Prof. Dr. Ali-Ridha Chennoufi, Institut für Philosophie, Universität Tunis
Markus Meckel, Außenminister a. D. (Berlin)
Dr. Krzysztof Olendzki, Botschafter a. D. in Tunis (Warschau)
Moderation: *Prof. Dr. Dieter Bingen*

Begrüßung

Dieter Bingen: Ich begrüße Sie herzlich zu unserer Halbtageskonferenz unter dem Titel »Von Danzig bis Tunis. Arabische Revolutionen 2011 und der mitteleuropäische Systemwechsel 1989. Arabische, polnische und deutsche Erfahrungen«.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass das Deutsche Polen-Institut gemeinsam mit dem Europäischen Solidaritätszentrum unter der Leitung von Herrn Basil Kerski diese Veranstaltung durchführen darf – eine Veranstaltung, die an der Zeit ist. Ein Dank geht auch an die Rheinland-Pfälzische Landesvertretung, lieber Herr Dr. Schmuck, für die Einladung in dieses Haus mitten in Berlin!

Ich begrüße auch herzlich seine Exzellenz Elyes Ghariani, Botschafter der Tunesischen Republik in Berlin. Herzlich willkommen hier!

Wir waren überrascht, wir waren begeistert, auch befremdet, als vor anderthalb Jahren in Ländern der arabischen Welt, beginnend in Tunesien, ein Aufbruch, ein Aufstand begann, der nicht auf der Tagesordnung in der Wahrnehmung der Europäer stand. Wir haben festgestellt, dass es nicht nur Tunesien war, sondern dass wie in einem Domino-Effekt sich die Infragestellung der alten Ordnung in der arabischen Welt ankündigte. Für die Europäer, für viele von uns, eine völlige Überraschung. Das, was ich in den kurzen Worten beschrieben habe, ist etwas, was sich auf den ersten Blick vergleichen lässt, ohne es je gleichsetzen zu wollen, mit den Wahrnehmungen, ersten Reaktionen, die auf die Umbrüche in Ostmitteleuropa, vor allem seit 1980 mit dem Begriff der Solidarność, der Demokratie-Bewegung in Polen, verbunden, erfolgten. Auch damals gab es Überraschung, Begeisterung, die alles überschattende Frage: Kann das gut gehen? Destabilisiert nicht das, was in Ostmitteleuropa geschieht, die schlechte, aber stabile alte Ordnung. Wir waren überrascht darüber, dass auch in dem arabischen Aufbruch auf der Tagesordnung von jungen Menschen Werte standen, Schlagworte genannt worden sind, Forderungen gestellt worden sind, die wir als unsere eigenen erkannt haben. Die Begriffe der Würde, der Gerechtigkeit, der Menschen- und Bürgerrechte, abgesehen von sozialen und wirtschaftlichen Forderungen, standen ganz im Mittelpunkt. Forderungen nach individuellen Rechten des einzelnen Menschen. Wenn wir ehrlich sind, viele von uns hatten einfach keine Vorstellung davon, dass in einer arabischen Gesellschaft so etwas möglich ist. Es ist geschehen.

Seitdem sind anderthalb Jahre vergangen, und die Frage nach der Vergleichbarkeit der Erfahrungen vor 30 Jahren und den Erfahrungen von heute ist aktueller denn



Dieter Bingen

je. Vielleicht gibt es heute noch mehr Fragezeichen als vor anderthalb Jahren: Wohin geht die Reise? Vor 30 Jahren waren es Nachbarn in Europa, in unserem Kulturkreis, die bestimmte Forderungen stellten, den Umbruch wünschten. Heute sind es Nachbarn Europas, ein Unterschied, nicht nur ein geographischer Unterschied. Es ist die Frage nach der Universalität dessen, was damals auf der Tagesordnung der europäischen Politik stand und heute in Nordafrika, im Nahen Osten.

Meine Damen und Herren, als Einrichtungen, die sich mit diesen Themen traditionell eher in Europa befassen, haben das Deutsche Polen-Institut und das Europäische Solidaritätszentrum gesehen, dass es etwas zu vergleichen gibt, dass Fragen zu stellen sind über die Erfahrungen, die wir vor 30 Jahren gemacht haben, und Erfahrungen, die heute zu machen sind mit arabischen Revolutionen, der Arabellion – übrigens wird ja schon die Begrifflichkeit kontrovers gehandhabt. Aber was da geschieht, das geht uns an. Die Frage Solidarność/Solidarität stellte sich damals, und wenn wir uns erinnern an die ersten Bilder in Ägypten auf dem Tahrir-Platz oder auch in Libyen – es gab da in der ersten revolutionären Phase sogar britische, amerikanische, andere europäische Fahnen, es gab die Forderung, die Erwartung an die Solidarität der Europäer. Da gab es die ersten Fragen nach Unterstützung. Auf der anderen Seite sind die arabischen Nationen stolze Nationen und Gesellschaften.

Die Veranstaltung findet in Berlin statt und wir haben wahrzunehmen, dass Polen als integraler Teil im Kern der Europäischen Union hier einen Erfahrungsschatz hat, der in Deutschland bisher nur wenig wahrgenommen wurde. Polen zeigt Präsenz im arabischen Umbruch. Und die Frage, was kann Polen, was kann Deutschland tun, was kann Europa tun, sollte es tun oder auf keinen Fall tun, steht auf der Agenda.

Basil Kerski: Meine Damen und Herren, lieber Professor Bingen. Erlauben Sie kurz darauf einzugehen, wie die Idee zu diesem Erfahrungsaustausch entstanden ist, damit Sie wissen, in welchem intellektuellen Raum wir uns bewegen wollen. Die Reflexion über die arabischen und mitteleuropäischen Revolutionen ist seit vergangenem Jahr eine Priorität des Europäischen Solidarność-Zentrums, einer jungen, 2007 in Danzig gegründeten Einrichtung. Im Frühjahr 2014 werden wir zum 25. Geburtstag der Demokratie in Polen unseren Sitz auf dem Gelände der ehemaligen Danziger Werft eröffnen. Das Gebäude wird eine Dauerausstellung zur Solidarność und dem Zusammenbruch des Sowjetblocks sowie ein Archiv, eine Bibliothek sowie ein modernes Konferenzzentrum beherbergen. Unser Zentrum setzt sich nicht nur mit dem historischen Erbe der antikommunistischen Opposition in Mittel- und Osteuropa auseinander. Die Gründer unserer Einrichtung – der polnische Staat, die Stadt Danzig und die Woiwodschaft Pomorze sowie die Gewerkschaft NSSZ Solidarność – waren sich bewusst, dass Demokratie

etwas Fragiles ist, dass demokratische Kultur, Bürgerengagement gefördert werden müssen. In diesem Geist ist eine außergewöhnliche Institution entstanden, die einerseits Geschichte vermittelt und andererseits heute am Aufbau der demokratischen Kultur in Polen, Europa und weltweit mitwirkt. Die Demokratisierungswelle in den arabischen Ländern ist eines der aktuellen Themen, die im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen.

Die Parallelen zwischen den Entwicklungen in Mitteleuropa in den 1980er Jahren und in Nordafrika haben jedoch nicht wir als erste gezogen. Schon im Januar 2011, also wenige Tage nach den Ereignissen in Tunesien, erschien in der »New York Times« ein Kommentar von Roger Cohen zu den Entwicklungen in Nordafrika unter dem Titel »Tunis, the Arab Gdansk?«. Cohens Vergleich der Ursachen und Wirkungen der Revolutionen war sehr inspirierend. Die Danziger Arbeiterproteste nach der Entlassung von Anna Walentynowicz, die die großen Streiks an der Ostseeküste 1980 hervorgerufen hatten, verglich er mit den Reaktionen auf den Tod von Ali Mohamed Bouazizi. Sie erinnern sich sicherlich an das Schicksal dieses jungen Akademikers, der sich als Gemüsehändler über Wasser hielt und dessen Selbstmord die Protestwelle in Tunesien hervorrief. Sein Tod bewegte die gesamte arabische Jugend.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass einer unserer heutigen Gäste, Prof. Volker Perthes, in seinem jüngsten Buch »Der Aufstand« die Bedeutung der Revolutionen im arabischen Raum mit der Zeitenwende von 1989 in Mittel- und Osteuropa vergleicht, auch wenn er in seinem Ausblick vor Euphorie warnt. Nach Ansicht von Professor Perthes werden die arabischen Revolutionen länger und blutiger verlaufen als die vor 20 Jahren in Mittel- und Osteuropa.

Auch Roger Cohen verfiel Anfang 2011 nicht in Euphorie. Zwar begrüßte er den Beginn der arabischen Revolutionen mit sehr viel Sympathie, doch er erinnerte gleichzeitig daran, wie lang und steinig der Weg des Wandels sein könne. Die Solidarność, so Cohen, habe fast ein Jahrzehnt gebraucht, um siegen zu können. Cohen warnte zu Recht vor zu schnellen Erwartungen. Als größte Herausforderung bei der Etablierung der demokratischen Kultur in der arabischen Welt bezeichnete Cohen das Erbe der autoritären Mentalität. Dabei knüpft er an Czesław Miłosz' berühmtes Buch »Verführtes Denken« an.

Um diesen Bezug zu verstehen, müssen wir kurz auf das Problem der Übersetzung des Buchtitels eingehen. Auf Englisch heißt Miłosz' Buch »The Captive Mind«, was sehr gut den Sinn des polnischen Titels »Zniewolony umysł« wiedergibt. Der deutsche Titel »Verführtes Denken« ist zwar poetisch gelungen, der polnische Titel jedoch betont das unfreie, versklavte Denken.

Für Cohen ist die größte Herausforderung für die Entwicklung der Demokratie in der arabischen Welt die Befreiung vom versklavten, unfreien arabischen Denken: »the liberation of the captive arab mind«.



Auch in Mitteleuropa erwies sich die Etablierung einer demokratischen Kultur als besonders schwierig, darüber werden wir heute sprechen und darüber, wie wir, Polen und Deutsche, die Entwicklungen in der arabischen Welt wahrnehmen, ob wir auf eine Partnerschaft mit den neuen Demokratien vorbereitet sind. Das ist sicherlich das zentrale Thema dieser Konferenz. Der Vergleich der Demokratiewellen ist für uns zwar intellektuell reizvoll, die Frage jedoch nach der Rolle der EU, nach unserer Solidarität mit den neuen Revolutionären ist heute aber von besonderer Bedeutung.

Es ist uns eine große Ehre, unsere Tagung mit Reflexionen eines der Protagonisten der polnischen Revolution, Zbigniew Bujak, beginnen zu dürfen. Wir haben Zbigniew gebeten, seine verschiedenen Erfahrungen als Revolutionär und Abgeordneter nach 1989, als Arbeiter und Intellektueller, als ehemaliger Beamter der jungen polnischen Demokratie und heute Politikdozent zu verbinden und der folgenden Frage nachzugehen: Welche Erfahrungen der mitteleuropäischen Transformationen haben einen universellen Charakter, können möglicherweise in anderen Regionen der Welt genutzt werden?

Einleitende Thesen

Zbigniew Bujak: Ladies and gentlemen. Ich würde gern auf Polnisch weiterreden. I will think and speak.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um ein Wort über mich zu sagen, ich fühle mich in erster Linie als Mitbegründer der Solidarność. Dabei stellt sich die Frage, was das bei jemandem wie mir bedeutet. Ist das eine besondere Seite in meinem Lebenslauf, im Lebenslauf eines jungen Mannes aus Polen? Darauf würde ich sofort erwidern: Ja, das ist es, denn die Solidarność steht für den gewaltlosen Kampf. Die polnische Tradition hingegen ist eine des bewaffneten Kampfes, eine Tradition der Aufstände, der Anschläge auf den Zaren – und nicht nur auf ihn. Wer uns in Unfreiheit halten wollte, der war sofort unser erbitterter Gegner. Deshalb schließt sich gleich die Frage an: Wie kam es dazu, dass die Solidarność so entschieden den Weg des gewaltlosen Kampfes einschlug? Mehr noch, wie kam es dazu, dass jemand wie ich, ein Soldat der Luftlande- und Fallschirmtruppen, der mit jeder nur erdenklichen Waffe umgehen konnte – und das nicht schlecht –, der Minen legen, Sprengfallen bauen und diese auch wieder entschärfen konnte, wie kam es also dazu, dass so jemand den Weg des gewaltlosen Kampfes einschlug? Klar wird das erst dann, wenn wir uns die Persönlichkeiten ansehen, die mich in den 1970er Jahren mit ihrer Haltung beeindruckt haben, Leute wie Andrej Sacharow, Adam Michnik, Václav Havel oder Jacek Kuroń. Meinen Weg – und ich bin kein religiöser Mensch – haben aber auch polnische Priester gekreuzt, wie zum Beispiel Leon Kantorski – was hat er mir gegeben? Er gab mir oppositionelle Schriften zu lesen und Bücher aus Untergrundverlagen.



Meine Damen und Herren, wenn ich mir heute die jungen Männer und manchmal auch Frauen ansehe, die die Sprengstoffgürtel tragen, wenn ich höre, worüber sie reden, dann höre ich dieselben Schlagworte, die auch mich zur Opposition gebracht haben. Sie reden von Würde, sie reden von Freiheit. Worin unterscheiden wir uns nun? Wir unterscheiden uns in den intellektuellen Leitbildern. Wir unterscheiden uns in den religiösen und geistigen Leitbildern, die uns auf unserem Lebensweg begegnet sind. Ich habe ganz einfach andere Menschen getroffen. Sie haben in einer anderen Sprache zu mir geredet. Andrej Sacharow hat mir die Menschenrechte nahe gebracht, denn wenn man über die Menschenrechte spricht und dies mit seiner Verbannung bezahlt, ist das für mich ein Argument und ein sehr überzeugendes Beispiel. Meine Damen und Herren, hat uns, meine Kolleginnen

und Kollegen im Umfeld der Solidarność, dasselbe auf diesen Weg gebracht? Wir haben viel darüber geredet. Ja, das waren sehr ähnliche Anstöße.

Gut, aber wenn wir das jetzt verstanden haben, woher rührte nun dieses Interesse an den Menschenrechten und dem gewaltfreien Kampf? Ist das eine neue polnische Besonderheit oder eine intellektuelle Leistung unserer hiesigen Eliten? Das nun nicht. Es ist eine europäische Besonderheit. Wenn ich die Wurzeln dieser intellektuellen Haltung, dieser Leitlinie, in der Sphäre des Intellekts suche und auch in Haltungen, die von religiösen Werten gespeist werden, dann finde ich sie gerade in Europa. Da gibt es die Menschenrechte, aber auch eine bahnbrechende europäische Erfahrung, einerseits das Koloniale, von dem Europa sich befreien kann, da gibt es die Erfahrung autoritärer, ja totalitärer Regierungen, von denen sich die europäischen Staaten befreien konnten. Und da gibt es schließlich auch die Erfahrung von Gewalt, des gewaltsamen Kampfes, der unter anderem hier in Deutschland in den 1970er Jahren stattfand, auch die Geschichte der Roten Brigaden, der ETA und der IRA. Ich kenne diese Geschichte, habe sie mit verfolgt. Mit dem Wissen um diese Geschichte habe ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen einen anderen Weg gewählt. In diesem Sinne haben wir einen Weg gewählt, der mit seinen Wurzeln und seiner Erfahrung in etwas eingebettet ist, was ich europäische oder besser euroatlantische Kultur und Zivilisation nenne.

Meine Damen und Herren, als wir nun mit diesen Quellen und Wurzeln zum Streik im August kamen und die 21 Forderungen formulierten, steckte da eine europäische Erfahrung dahinter, die uns sagen könnte, worin sich dieser Streik im August, worin sich diese Forderungen von den Forderungen anderer Revolutionen unterschieden, zum Beispiel der Orangen [in der Ukraine 2004 – d. Red.] oder auch der Revolution in den Ländern des Islams? Ich sehe hier einen gravierenden, deutlichen und sehr wichtigen Unterschied. Denn was war die erste und wichtigste Forderung der 21? Freie Gewerkschaften! Wir wollten freie Gewerkschaften. Was bedeutet das? Was bedeuten die Worte von Lech Wałęsa, wenn er von der Unterzeichnung der Vereinbarungen kommt und sagt: »Wir haben unsere freien Gewerkschaften«? »Wir haben sie« bedeutet, dass wir sie zu gründen haben. Das heißt, dass wir uns eine Aufgabe für uns selbst erkämpft haben. Das ist keine Aufgabe für die Regierung und auch keine Aufgabe für das Parlament. Das Gericht hat eine bestimmte Funktion zu erfüllen, nämlich die Gewerkschaft zu registrieren. Ich wiederhole: Wir hatten diesen Konflikt hinter uns gelassen und damit eine Aufgabe für uns selbst erkämpft. Nun gut, aber vielleicht ist das nur ein Einzelfall und keine Art zu denken und zu handeln?

Neun Jahre später hatten wir den Runden Tisch. Heute denken alle, sogar in Polen, nur noch an die politische Vereinbarung über das Parlament, die freien Wahlen, das Präsidentenamt. Damals gab es dort noch 13 andere Vereinbarungen. Meine Damen und Herren! Jede von diesen anderen Vereinbarungen ist das, was wir als Aufgabe für uns ausgehandelt hatten, für uns als Bürger. Natürlich waren das Aufgaben auf einem sehr einfachen Niveau. Wir wollten unser eigenes Unternehmen

nach unseren Möglichkeiten gründen, und daher erkämpften wir uns dieses Recht. In anderen Kreisen ist das Recht wichtig, private Schulen, Universitäten, Stiftungen oder Vereine zu gründen. Am Runden Tisch obsiegte das Grundprinzip: Wir kämpfen um Aufgaben für uns selbst.

Gut, und wenn wir das nun begriffen haben, ist das das intellektuelle Instrument, um Ereignisse in anderen Teilen der Welt zu verstehen? Ich glaube ja. Ich war Teilnehmer der Orangenen Revolution. Als die Revolution zu Ende war, als die Orange- farbeneren gesiegt hatten, stellte ich unseren ukrainischen Freunden eine Frage: Hier auf dem »Majdan«, dem Unabhängigkeitsplatz, haben sich viele Millionen Menschen gedrängt, ständig waren hier zwei bis drei Millionen Menschen. In Kürze werden sie in ihre Betriebe und Hochschulen zurückkehren. Welche Aufgabe habt ihr für sie? Mit welcher Aufgabe kehren sie heim? Wir hatten eine Aufgabe: unsere freie Gewerkschaft zu organisieren. Aber sie? Bürger, die stolz und glücklich sind über ihren Sieg, die davon träumen, den Staat für sich zurückzugewinnen, welche Aufgabe haben sie? Sie entgegneten: Naja, sie sollen Juschtschenko wählen. Habt ihr noch andere Aufgaben? Nein? Dann werdet ihr nicht mehr lange Unterstützung haben! Warum war das für mich so klar? Weil die Leute während einer Revolution nicht auf den Freiheitsplatz kommen, weil sie erwarten, dass sie eine bessere Arbeit, bessere Schulen oder eine höhere Rente bekommen. Natürlich, langfristig irgendwie schon. Aber vor allem erwarten sie, dass sich der Stil der Verwaltung, die Art der Führung ihres Staates verändert. Wir stürzen die Diktatur, also holen wir uns den Staat zurück. Von diesem Moment an wollen wir, die Bürger, in unserem Staat das Subjekt sein.

Meine Damen und Herren, das ist die Sphäre, in der sich für die Beteiligten dieser Ereignisse ihr Grundbedürfnis realisiert: Würde und Freiheit. Ich höre das als Schlagworte bei jeder Revolution, unabhängig von Kontinent, Religion oder Kultur. Das ist das Bedürfnis der Bürger Mitteleuropas, aber auch des fernen China, wie wir auf dem Platz des Himmlischen Friedens gesehen haben. Heute sehen wir das in den Ländern Nordafrikas, aber auch in Mittelamerika. Überall spricht man von dem Bedürfnis nach Würde und Freiheit. Eben diese bürgerliche politische Freiheit soll das Werkzeug sein, um die uns angeborene menschliche Würde zurückzuerlangen oder überhaupt zu bilden. Was aber soll diese Würde sein? Wenn wir sie nur reduzieren auf den Traum von einem materiell guten Alltagsleben, dann übersehen wir viele hundertmal wichtigere und tiefere Motive. Für mich besteht kein Zweifel daran, dass das eine Frage der Beteiligung am öffentlichen Leben auf allen seinen Ebenen ist. Wir wollen, dass dies endlich unser Staat ist. Ein Staat, in dem wir, die Bürger, das Subjekt sind.

An dieser Stelle möchte ich auf ein anderes Thema zu sprechen kommen. Denn ich bin kein Fachmann für Revolutionen. Ich weiß aber, dass man Revolutionen nicht planen kann, bei solchen Plänen kommt nichts heraus. Eine Revolution bricht plötzlich aus. Wir wissen nicht, wann oder wieso. Ich möchte allerdings ein Fachmann für das sein, was man am Tag nach dem Sieg tut. Wie bei »The day after« in dem

berühmten Film. Deshalb weiß ich, dass das Meisterstück darin besteht, aus einer gewonnenen Revolution auch als Sieger hervorzugehen. Ich weiß, dass am Tag nach dem Sieg eine Testphase beginnt, ob man die Kunst beherrscht, einen Staat zu regieren, die Kunst, eine Verwaltung zu führen. Und hier stellt sich die nächste Frage: Können wir als Europa dabei helfen? Mit meiner Antwort möchte ich mich auf eine andere Erfahrung beziehen, die ich gemacht habe. Ich war zweieinhalb Jahre lang Chef der Zollbehörde in Polen. Diese Zeit war deshalb eine besondere, weil sich Polen gerade auf den Beitritt zur Europäischen Union vorbereitete. Damals schlug Europa einen Expertenplan vor, von dem wir profitieren konnten. Wir konnten nämlich erfahrene Beamte aus den EU-Ländern in unsere Behörden einladen, damit sie uns berieten. Mich beriet beispielsweise ein Experte aus Deutschland, von der Oberfinanzdirektion eines Bundeslandes. Ein zweiter Berater kam aus Großbritannien und beriet in strategischen Dingen. Meine Damen und Herren, von meinem Standpunkt aus, vom Standpunkt meiner Bedürfnisse, war das etwas ganz Außergewöhnliches, ein nicht nur notwendiges, sondern geradezu geniales Projekt. Warum? Weil sich die Transformation eines Systems auf zwei Ebenen vollzieht. Eine ist die zentrale Ebene. Dort verändern wir die Art und Weise, wie das Parlament funktioniert, ändern die Verfassung, richten neue Gerichtshöfe ein. Dort wählen wir die Parlamentarier und den Präsidenten. Aber das bedeutet Aufgaben für eine relativ kleine Elite von Siegern. Wenn die Bürger auf den Freiheitsplatz kommen, weil sie den Staat für sich zurück haben wollen, befindet sich für sie dieser Staat auf einer völlig anderen Ebene. Sie identifizieren den Staat mit dem Verkehrspolizisten, dem Polizisten in der Stadt, dem Finanz- oder Zollbeamten an der Grenze. Mit dem Beamten, bei dem man sein Gewerbe anmeldet oder eine Stiftung oder einen Verein gründet. Schließlich mit dem Gericht und dem Richter, der eine Verhandlung führt, der über Probleme und Konflikte entscheidet, die der Bürger zur Anzeige bringt. Und auf dieser Ebene, meine Damen und Herren, ist die Transformation am wichtigsten. Sie ist die wichtigste Ebene in Zusammenhang mit dem Sieg. Wenn hier eine neue Führungselite auf die neu erwachten Erwartungen der Bürger Antworten findet, dann wird sie Erfolg haben. Wenn sie dieses Bedürfnis nicht befriedigen kann, wird ihre Unterstützung sehr schnell bröckeln.

Meine Damen und Herren, Juschtschenko hatte im Moment seines Sieges eine Unterstützung von 70%. Als er nach den verlorenen Wahlen abtreten musste, waren es nur noch 7%. Für Tadeusz Mazowiecki ging die Unterstützung von 80, ja sogar 90% so stark zurück, dass er die Präsidentschaftswahlen schon im ersten Durchgang verlor. Auch die Unterstützung für Lech Wałęsa fiel, und obwohl alle diese Persönlichkeiten weiterhin wichtig bleiben, so steht doch außer Zweifel, dass sie nach einem spektakulären Sieg eine Niederlage erlitten haben. Übrigens: Auch ich gelte in unserem Land in vielen Kreisen als Verräter, also als jemand, der nichts getan hat, damit wir sagen können, dieser wieder errungene Staat ist tatsächlich unser Staat. – Warum war also dieses Beratungsprogramm in der Zeit vor dem Beitritt so notwendig und wichtig? Warum ist das für mich so ein geniales Programm? Weil es in unser Land, in alle Behörden, das eingebracht hat, was meiner

Ansicht nach Europas kostbarster Besitz ist: das für den Bürger unverzichtbare Know-how in der Verwaltungskunst. Woher kommt diese Fähigkeit und Kunst in Europa? Werfen wir dafür einen Blick auf die Geschichte der Transformation etwa hier, in Deutschland. Die Deutschen haben die Transformation von einem super- oder hypertotalitären System in eine liberale Demokratie vollzogen. Das ist ein unglaublicher Weg, und diese Errungenschaft und Erfahrung darf man nicht vergessen. Das ist eine Erfahrung von ganz Europa. Jedes Land in Europa hat nach dem Ersten, dann nach dem Zweiten Weltkrieg Veränderungen, Reformen, Transformationen durchlaufen, die die öffentliche Verwaltung in die Rolle eines Dienstleisters für den Bürger gebracht haben. Ist das die Erfahrung, die heute in den Ländern benötigt wird, die dabei sind, sich nach ihren Revolutionen zu reformieren? Ich glaube, dass dies eine wesentliche europäische Erfahrung ist, dieses überaus wichtige Know-how, über das wir verfügen und mit dem wir dienen können. Ist das leicht zu übertragen? Keineswegs! Wieso? Weil in posttotalitären Ländern alle Eliten trotz der Revolution nach den Mustern eines autoritären Regierungsmodells funktionieren, eines autoritären Verwaltungsmodells. Wirklich, sogar hochklassige Eliten denken daran, wie sie erfolgreich befehlen, delegieren, beauftragen können. Die Kunst eines würdevollen Regierens, eines subjektiven Regierens, eines von Zielen geleiteten Regierens bleibt fremd und unbekannt. Ich habe in diesem Satz bewusst Begriffe verwendet, mit denen die europäische Kultur zu mir gekommen ist, die sie mir, dem Chef des polnischen Zolls, beigebracht hat.

Die Kunst, den Stil der Verwaltungsarbeit in Richtung eines Dienstleisters umzubauen, erweist sich für die neuen Eliten als ungeheuer schwierig umzusetzen. Ist das aus der Perspektive der Funktionäre, der Beamten selbst ebenso schwierig? Häufig hört man, die größte Barriere hierbei sei eine mentale. Meine Erfahrung als Chef der Zollbehörde sagt mir etwas völlig anderes. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie sich urplötzlich das Verhältnis eines Funktionärs gegenüber dem Bürger in dem Moment verändert, in dem ich, der Chef, klar mache, dass ich diese Veränderung erwarte. Es reichte die klare Botschaft, dass ich ab heute die Beamten danach beurteile, ob sie verstehen, dass die Bürger – Importeure, Exporteure, Spediteure – unsere Kunden sind und nicht Kontrollobjekte. Ich erwarte also, dass sie es schaffen, gegenüber unseren Kunden als Dienstleister aufzutreten. In dem Moment, in dem wir die Bewertungskriterien für Beamte und Funktionsträger verändern, genau in diesem Moment ändert sich auch ihr Verhalten, ihr Verhältnis gegenüber dem Bürger.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir heute die Probleme der Ukraine ansehe, wenn ich mir die Probleme von Weißrussland vorstelle, wenn ich mir die Probleme von Russland und den islamischen Ländern anschau, habe ich keinen Zweifel, dass für ihre siegreichen Eliten eben dieses Element der europäischen Erfahrung, unser Know-how am allerwichtigsten ist oder sein wird. Das ist ein absolut fundamentaler Faktor, der ausschlaggebend sein wird für ihren Erfolg oder Misserfolg. Ich danke Ihnen.



Panel I: Prof. Dr. Volker Perthes, Dr. Bartłomiej A. Nowotarski, Basil Kerski, Dr. Ahmad Al-Sadi, Prof. Dr. Bronisław Misztal (v. l. n. r.)

Panel I

Basil Kerski: Meine Damen und Herren, mit unserer Tagung wollen wir einhalb Jahre nach Ausbruch der arabischen Revolutionen eine vorläufige Bilanz der Entwicklungen ziehen. Wir wollen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der politischen Umbrüche in der arabischen Welt aufzeigen. Auf dem Podium haben wir zwei polnische Experten, die sich mit der Transformationsforschung befassen und besonders Nordafrika gut kennen. So können wir ihnen, schon in das Thema des zweiten Podiums einleitend, die Frage nach der Vergleichbarkeit der Revolutionen und nach den Methoden der Konsolidierung von jungen Demokratien stellen. Doch zunächst möchte ich Herrn Professor Volker Perthes das Wort übergeben, den wir eingangs gebeten hatten, eine grundsätzliche Bilanz zu ziehen und einen Ausblick zu wagen.

Volker Perthes: Vielen Dank, Herr Kerski. Ich finde es gut, dass Sie diese Veranstaltung machen. Manchmal hat man ja als ein Wissenschaftler, der die Aufgabe hat, Politik zu beraten, das Problem, dass man gegen die Konjunktur ansprechen muss. Das hieß, als die Revolutionen in Tunesien, Ägypten und in anderen Ländern der arabischen Welt begannen, zu sagen und zu schreiben, man möge nun »nicht in Euphorie ausbrechen«. Sie haben das freundlicherweise zitiert.

Wir sollten aber, trotz aller Rückschläge, die wir in Ägypten und noch viel schlimmer in Syrien erleben, gegenüber den Umbrüchen in der arabischen Welt auch nicht in Kulturpessimismus zurückfallen. Das ist, glaube ich, genauso bedeutend, denn die Stimmungsschwankungen in Europa sind manchmal ziemlich heftig. Sie haben mir fünf Fragen, Herr Kerski, aufgeschrieben und davon werde ich vier beantworten und einen fünften Punkt hinzufügen, der mir vielleicht wichtiger ist als Ihre fünfte Frage.

Erste Frage: War aber Europa eigentlich überrascht von dem, was stattfand? Oder: Warum war man überrascht von dem, was in Nordafrika und der arabischen Welt stattfand?

Sie alle haben wahrscheinlich noch präsent, wie Sie damals auf die Ereignisse in Polen und später in ganz Ost- und Zentraleuropa reagiert haben. Die Antwort auf Ihre Frage ist, dass man natürlich von den Entwicklungen überrascht war, aber nicht aus Unkenntnis der Situation. Zumindest diejenigen, die etwas genauer auf die Verhältnisse im Nahen Osten, in der arabischen Welt geschaut haben, wussten Bescheid. Ihnen war klar, dass es dort nicht allein repressive Verhältnisse gibt, sondern solche, die mehr als 50 % der Gesellschaft diskriminieren. Diese 50 %, eigentlich sogar zweimal 50 %, einmal die jungen Leute, die unter 35 sind, und dann der weibliche Teil der Gesellschaft, waren die Verlierer dieser Systeme – so wie sie ökonomisch, politisch und sozial behandelt wurden. Der seit 2002 jährlich veröffentlichte *Arab Human Development Report* hat dieses genau dargestellt. Es stand dort alles drin, was man hätte wissen müssen.

Auch die europäische Politik hat mit einer gewissen Verzögerung reagiert. 1995 begann man mit dem so genannten Barcelona-Prozess, der großen Wert darauf gelegt hatte, dass sich etwas an den Verhältnissen, an der Art und Weise, wie dort regiert wird, ändern müsste bzw. die Länder ermutigen sollte, selbst etwas zu ändern. Sonst gäbe es keine Zukunft für die nachwachsenden Generationen. Die Erkenntnis über die unhaltbaren Zustände in der Region gab es also durchaus. Manche haben auch erkannt, dass Tunesien aufgrund der relativ weiten industriellen und gesellschaftlichen Entwicklung möglicherweise der erste arabische Staat sein wird, in dem es kracht, weil einfach die gesellschaftliche Entwicklung nicht mehr mit den repressiven politischen Verhältnissen zusammenpasste. Dies kam uns dann eher so vor wie Griechenland oder Portugal unter den jeweiligen Militärdiktaturen, als die Gesellschaft schon weiter war als das politische System. Doch dann gerieten die schwierigen Verhältnisse der arabischen Welt in der europäischen Politik in Ver-

gessenheit. 2001 gab es die Anschläge vom 11. September und alle konzentrierten sich auf Terrorismus und Fragen der Sicherheit. 2003 marschierten amerikanische Truppen in den Irak ein, mit dem Ergebnis, dass das, was uns in der arabischen Welt interessierte, zwei Dinge waren: Terrorismus und die geopolitischen Turbulenzen.

Die Europäer haben sich dann gesagt, dass sie, nach all dem, was falsch gelaufen ist, vor allem Stabilität und Stabilitätspartner in der Region brauchen. Dies hat man in den damaligen Regierungen oder den Regimen des Nahen und Mittleren Osten gesehen. Nach der Wahl von Nicolas Sarkozy zum neuen Präsidenten Frankreichs wurde diese Politik weitergeführt. Der Barcelona-Prozess wurde sozusagen stillschweigend beerdigt und unter dem neuen Begriff der »Union für das Mittelmeer« von Frankreich aus als eine intergouvernementale Aktion neu begründet. Das hatte nicht mehr viel mit der Zusammenarbeit zwischen den Gesellschaften und einem zivilgesellschaftlichen Dialog zu tun, auf die sich der Barcelona-Prozess noch konzentriert hatte. Andere Dinge traten in den Vordergrund, die gesellschaftlichen Verhältnisse in der arabischen Welt wurden zur Nebensache.

Zweite Frage: Gibt es eigentlich, haben Sie, Herr Kerski, gefragt, ähnliche Wahrnehmungsphänomene bei uns, was die Veränderungen, Umbrüche, Revolutionen in Ost- und Zentraleuropa und diejenigen in Nordafrika und im Nahen Osten angeht?

Wir betrachten die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in den Ländern der östlichen oder der südlichen Nachbarschaft durch ein jeweils anderes Prisma. Wir haben die Veränderungen, die Umbrüche in Ost- und Mitteleuropa durch das Prisma des Ost-West-Konflikts wahrgenommen. Da geschah etwas in diesen Ländern, die auf der gegnerischen Seite standen, was wir nicht richtig begriffen, was wir uns vielleicht erhofft hatten, aber was auch Sorgen auslöste. Es könnte zu unvorhersehbaren Entwicklungen kommen, Instabilität der Verhältnisse die Folge sein und sich eine bestimmte Politik der Entspannung nicht mehr durchführen lassen. Obwohl man grundsätzlich froh war, dass sich Systeme veränderten, die aus unserer Überzeugung eben nicht richtig strukturiert waren.

Wenn wir nach Süden geschaut haben, dann war der Wahrnehmungsrahmen ein anderer. Seit 2001, 2003 wurden die Regime in Nordafrika und im Nahen Osten als Stabilitäts- und Modernisierungspartner wahrgenommen. Sie erinnern sich vielleicht, dass es einen deutschen Innenminister gab, der gesagt hat, na ja, die Frage vorzuklären, ob das gute oder schlechte Asylbewerber sind, kann man auch den Autoritäten in Libyen überlassen. Heute würde man wahrscheinlich nicht mehr behaupten, dass das eine gute Idee gewesen sei.

Der Unterschied bestand demnach darin, dass man die Regime in der arabischen Welt nicht als Teil des feindlichen oder anderen Blocks sah. Was ähnlich war, ist die Tatsache, dass man politische Stagnation zum Teil mit Stabilität verwechselt hat. Stabilität ist ja nichts Falsches. Politische Stagnation sollte damit aber nicht verwechselt werden.

Dritte Frage: Schafft die Furcht vor dem Islam ein Wahrnehmungsmuster, das mit der Furcht vor Veränderung, die wir in Bezug auf Ost- und Mitteleuropa gehabt haben, vergleichbar ist?



Als es die Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa gab, wurden diese doch mit mehr Freude aufgenommen als die Umbrüche in der arabischen Welt. Zwar gab es damals wohl den einen oder anderen meiner protestantischen Freunde, der damals von »Katholiken-Unruhen in Polen« sprach, so wie man eben heute von »Moslem-Unruhen in der arabischen Welt« redet. Den großen Faktor »Angst vor dem Anderen«, vor der anderen Kultur und dem Islam, gibt es durchaus bei uns. Ich habe in vielen Interviews, die ich seit Anfang 2011 zu diesem Thema gegeben habe, fast immer als erstes die Frage bekommen: Müssen wir jetzt Angst vor dem politischen Islam haben? Hier war meine

Beobachtung, dass die Medien ängstlicher waren als die Politik. Diese hat sehr schnell, ich hoffe nachhaltig, aus den Fehlern der Jahre zuvor gelernt und gesagt: Egal, wer in diesen Staaten gewählt wird, wenn frei gewählt wird, werden wir mit diesen Parteien, Regierungen zusammenarbeiten, unabhängig von ihrer politischen Einstellung. Diese Haltung hatten wir bei Wahlen in der arabischen Welt nicht immer, sondern erst seit den Revolutionen entwickelt.

Die vierte und wichtigste Frage: Was hat eigentlich die arabischen Revolutionen ausgelöst?

Ich werde das nur telegrafisch machen, also in Überschriften. Das Wichtigste für mich ist der soziodemographische Faktor, die Generationenfrage. Diese Revolutionen sind im Wesentlichen von einer Generation ausgelöst und getragen worden, die zwischen 20 und 35 Jahre alt war, einer Generation, die vernetzter und besser ausgebildet ist als ihre Vorgänger, die zahlenmäßig größer ist als die 15 Jahrgänge vor ihr, aber auch die 15 Jahrgänge, die nach ihr kamen. Die aber auch schlechtere Chancen hatte als die ältere Generation und auch als die 15 Jahrgänge, die nach ihr kommen.

In Ägypten fielen 90% der Arbeitslosen in die Kategorie der 20- bis 35-Jährigen. Stellen Sie sich mal vor, was das in einer konservativen Gesellschaft bedeutet. Sie sind einigermaßen gut ausgebildet, weil alle diese Regime, in Tunesien, in Ägypten, in Syrien viel in Sekundär- und Tertiärbildung investiert haben, d.h. viele sind zu Universitäten gegangen, haben Abschlüsse in Ingenieurwissenschaften, Medizin und Pharmazie, aber keinen Job. Sie bekommen kein Geld, sind weiterhin gezwungen, bei ihren Eltern zu leben, können sich keine Wohnung anschaffen.

Wenn sie sich in diesen Gesellschaften keine Wohnung anschaffen, können Sie auch nicht heiraten. Wenn sie nicht heiraten, das ist ja anders als bei uns, gibt es keinen Sex und sie können keine Familie gründen. Zu den wirtschaftlichen und sozialen Frustrationen kommt die sexuelle Frustration und über allem die politische Frustration. Denn sich beteiligen, seiner Meinung Ausdruck geben, wählen, die Regierung abwählen, sich in einer Jugend- oder Studentenorganisation engagieren, die nicht die Staatsjugendorganisation ist – all das ging auch nicht. So hatten sie eine multiple politische, soziale, ökonomische, sexuelle Frustration, die ein sehr explosives Gemisch darstellt. Dazu kommt, dass sie genau erkannten, wie viel besser es anderen geht. Sie sehen Korruption, soziale Ungerechtigkeit. Dann lesen sie, weil man ja vernetzt ist, den Zugang zu Wikipedia hat, dass die amerikanische Botschaft darüber berichtet, wie in Tunesien der Präsident seine Verwandten ausstattet und wie ungerecht die Verhältnisse sind. Sie müssen also feststellen, dass die ungerechten Verhältnisse nicht alleine ihrer subjektiven Wahrnehmung entspringen, sondern selbst die Amerikaner und die Europäer diese Missstände erkennen und darüber berichten, aber trotzdem weiter mit den jeweiligen Staatschefs der Region eng zusammenarbeiten. Damit wurde die Frustration der jungen Leute in der arabischen Welt nicht geringer.

Bei allen Unterschieden, die es zwischen den arabischen Staaten gibt, könnte man durchaus sagen, dass der Auslöser der Revolten und Revolutionen oder Umbrüche letztlich der gleiche war. Es war die Arroganz der Macht, für die es im Arabischen in unterschiedlichen Dialekten einen unterschiedlichen Begriff gibt, der aber immer das Gleiche sagt. Ob sie es *hogra* nennen oder *sulta*. Auch die Slogans waren ähnlich, und ich bin Herrn Bujak dankbar, dass er diese bereits verglichen und auf Parallelen hingewiesen hat. Es ist alles unter dem Slogan: »Das Volk will...« geschehen. In der DDR hieß es damals: Wir sind das Volk. Was im Prinzip das Gleiche ist, d.h. das Volk hat für sich wieder die Souveränität in die eigene Hand genommen und denjenigen, die an der Macht waren, mitgeteilt, dass sie nicht seine Vertreter sind. Das Volk will, so hieß es damals, Würde, Freiheit, Gerechtigkeit, den Sturz des Regimes, Demokratie. Auch wenn man nicht genau weiß, was Demokratie eigentlich heißt, und nicht überall die gleichen Vorstellungen darüber hat.

Ihre nächste Frage war: Ist eigentlich die Werteverwandtschaft zwischen Osteuropa, Ostmitteleuropa und der arabischen Welt allen bekannt, allen deutlich geworden?

Ich glaube eher nicht, wohl aber interessanterweise den Osteuropäern: Ich erinnere mich gut an die Münchner Sicherheitskonferenz vor anderthalb Jahren, Anfang Februar 2011. Da gab es ein Panel zum Thema, wie wir im Westen oder in den Industrieländern mit diesen Umbrüchen in der arabischen Welt umgehen. Ich habe den Vergleich mit der Situation in Ostmitteleuropa vor 20 Jahren gezogen. Es gab viel Murren im Saal. Aber hinterher kamen sehr viele Politiker und Vertreter aus Polen, der Tschechischen Republik und aus anderen osteuropäischen Staaten zu mir und sagten, Sie haben das richtig erkannt. Man fordert jetzt in der arabi-

schen Welt das Gleiche, was wir damals gewollt haben. Und selbst, was manchen bei uns so viel Angst macht, wenn sich die Revolutionäre in Gotteshäusern treffen, ist dies etwas, was in Ost- und Osteuropa viel eher bekannt ist. Man muss nicht religiös sein, aber man braucht einen Ort, der relativ staatsfrei ist oder der von staatlicher Bevormundung frei ist. Genau das waren in vielen osteuropäischen und zentraleuropäischen Staaten die Kirchen, und das sind in der arabischen Welt die Moscheen.

Mein letzter Punkt: Worauf müssen wir heute eigentlich achten?

Ich kann hier nichts prophezeien, aber es gibt drei, vier Faktoren, die wir auf jeden Fall berücksichtigen müssen. Das eine ist weiterhin die Soziodemographie, die Generation der 20- bis 35-Jährigen, die auf den Geschmack gekommen sind, nachdem sie mehrere Diktaturen oder Autokraten gestürzt haben. Wir sollten nicht glauben, dass sie einfach weg sind. Wir haben zurzeit ein Phänomen, das können wir das »Phänomen der gestohlenen Revolution« nennen und sehen dies in unterschiedlicher Ausprägung in Tunesien, Ägypten, Libyen und in anderen Staaten. Dabei gibt es auch Staaten, in denen es viel schlimmer aussieht, etwa zur Zeit in Syrien. Diejenigen, die die Revolutionen und Revolten in diesen anderthalb Jahren angestoßen haben, haben bisher weder ökonomisch noch politisch davon profitieren können.

Es hat zwar freie Wahlen in Ägypten und Tunesien gegeben. Aber die jungen Leute, die die Revolution getragen haben, sind in der Regel nicht unter den Wahlgewinnern. Die Wahlen sind durchweg von anderen Kräften gewonnen worden als von denen, die die Revolution initiiert haben. Das ist das, was manche heute als »gestohlene Revolution« betrachten. In Ägypten kann man sagen, sie ist sogar zwei Mal gestohlen worden. Erst von denen, die die Wahlen gewonnen haben, und dann durch die, die das Parlament illegalerweise aufgelöst haben. Aber das ist eine andere Geschichte.

Der zweite Faktor, auf den man schauen muss, ist das Militär. Hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen etwa Herrn Jaruzelski oder Herrn Tantaoui. Das Militär hat gerade in Ägypten, aber auch in anderen Staaten, zum Teil eine positive Rolle gespielt, indem es die Revolutionen erlaubt und dafür gesorgt hat, dass die Regime mit ihren Staatsparteien und Milizen nicht das Gleiche gemacht haben wie das syrische Regime mit dessen Milizen. Aber obwohl das Militär eine hilfreiche Rolle gespielt hat, ist es noch kein demokratischer Akteur. Das sehen wir in Ägypten sehr deutlich, wo das Militär zwar gesagt hat, es geht nicht mehr so weiter wie unter Mubarak, aber so richtig wollen sie die Macht dann doch nicht abgeben. Sie wollen weiter die Kontrolle behalten, insbesondere dann, wenn die Wahlergebnisse bei den freien Wahlen anders ausfallen, als das Militär sich dies wünscht. Und dies ist ja nun offensichtlich geschehen.

Das bringt uns zu dem dritten Faktor. Das ist der politische Islam. Ich will nicht so viel dazu sagen, weil dies überall thematisiert wird und für mich auch die Frage, wie sich der politische Islam in Ägypten oder in Tunesien entwickelt, noch offen ist.

Es gibt hier ganz unterschiedliche Entwicklungsrichtungen. Der politische Islam kann sich wie konservative christliche oder andere religiös begründete Parteien in Europa einschließlich der Türkei entwickeln, er kann sich aber auch in Richtung eines ultra-konservativ wahhabitisch-saudischen Exempels orientieren. Aber da haben, und das ist mein vierter und letzter Faktor, die regionale Politik und die Geopolitik möglicherweise Einfluss darauf. Das internationale und regionale Umfeld spielt eine wichtige Rolle.

Der große Unterschied zwischen den Revolutionen in Zentral- und Osteuropa und den Revolutionen in Nordafrika und im Nahen Osten ist natürlich auch, wie der große mächtige Akteur Europa, der sich gerade nicht so groß und stark verhält, aber immer noch stark und groß im Verhältnis zu seinen Nachbarn ist, mit den Revolutionen, den Gesellschaften und den Ländern umgeht. Wir haben, auch wenn es vielleicht an dem ersten Tag der Proteste in Danzig nicht klar war, die Revolutionen in Zentraleuropa, in Osteuropa mit offenen Armen aufgenommen und gesagt: Ihr seid Teil von uns, Ihr sollt, wenn Ihr es denn wollt, so sein wie wir.

Bei den Revolutionen in Nordafrika und im Nahen Osten fragen wir ganz häufig, wollt Ihr wirklich so sein wie wir? Wollt Ihr wirklich bei uns sein? Lieber vielleicht nicht, haltet doch Abstand! Und wenn diese »Halte-doch-Abstand-Haltung« bei uns erhalten bleibt, sollten wir auch nicht erwarten, dass alle Entwicklungen positiv ausgehen. Wir haben Einfluss, wenn wir Offenheit zeigen. Lasst uns daher ein offenes Europa gegenüber diesen Bewegungen und Ländern der arabischen Welt zeigen. Dann ist die Chance etwas größer, dass diese Revolutionen tatsächlich glücken. Vielen Dank.

Basil Kerski: Vielen Dank, Prof. Perthes, für diesen breiten Bogen und auch für die Überleitung in das andere Podium. Herr Dr. Al-Sadi, Sie haben eine ganz besondere Perspektive. Sie leben seit 1971 in West-Berlin, haben als Palästinenser aus Jordanien schon im Gepäck die Erfahrung eines der politischen Schlüsselthemen des Nahen Ostens mit nach Europa gebracht. Von West-Berlin aus haben Sie dann ziemlich nah die Solidarność erlebt. Die Veränderungen in Zentraleuropa, Mitteleuropa kennen sie demnach gut und nun beobachten Sie das neue Erwachen des arabischen Raums. Welche wichtigen kulturellen Entwicklungen sehen Sie heute im arabischen Raum, wie schätzen Sie das friedliche Entwicklungspotenzial der einzelnen Revolutionen ein?

Ahmad Al-Sadi: Volker Perthes hat ausführlich dargelegt, wie die Europäer das sehen. Ich werde versuchen, aufgrund meiner Gespräche mit meinen Landsleuten und Arabern aus Tunesien, Ägypten oder Marokko aufzuzeigen, wie sie denken oder wie die Menschen da unten uns sehen. Ich weiß, Solidarność hatte ja hier in Berlin fast mehr Sympathisanten als in Danzig, damals am Anfang! Wir haben hier eine polnische Gemeinde gehabt, die so groß war, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund, die deutschen Parteien und alle Solidarność unterstützt haben. Das ist

hier bei der arabischen Revolution nicht der Fall. An den Universitäten bemerke ich, dass schon eine gewisse Sympathie bei den Studenten da ist, und es gibt Nachahmung in Spanien und Italien. In Spanien hat es im vorigen Jahr sehr viele Besetzungen von öffentlichen Plätzen gegeben. Die arabischen Jugendlichen wurden als Vorbild genommen. Die Problematik in Spanien ist, dass 50 % der 25- bis 30-Jährigen, die ausgebildet sind, keinen Arbeitsplatz haben. Es gibt durchaus Parallelen.

Mich wundert in dieser Gesellschaft eines: das Nichtwissen und das Überrascht-Sein. Das war nicht nur bei der arabischen Revolution so, sondern auch bei der Bankenkrise und der ganzen Wirtschaftskrise. Niemand hat etwas gewusst, alle waren überrascht! Das ist die Denkweise, mit der ich nicht fertig werden kann und will. Das kann nicht sein, denn viele, wie Volker Perthes erwähnt hatte, hatten seit Jahrzehnten diese arabischen Diktaturen mit Waffen, mit Knebeln, mit allen Mitteln beliefert. Die privaten Gelder von Mubarak, von Ben-Ali waren in europäischen oder in amerikanischen Banken deponiert, und die wissen alle Bescheid. Aber Sicherheit und Stabilität waren für die Europäer wichtiger in dieser Region und da knüpfe ich an. In Libyen gibt es Öl, deshalb haben die Amerikaner interveniert, aber wo es kein Öl gibt, lohnt eine Intervention offensichtlich nicht. Das erkenne ich daran, wie mit dem Fall Syrien umgegangen wird. Aber wir müssen auch den Menschen in Syrien zeigen, dass sie uns am Herzen liegen und wir auch ihnen helfen wollen. Es wurde hier auch das Lissabon-Abkommen erwähnt, danach die Mittelmeerkonferenz, die auch totgeboren war und nichts gebracht hat. Sarkozy wollte die Mittelmeeranrainerstaaten mit Entwicklungshilfe und Ankurbelung der ökonomischen Entwicklung aufpäppeln. Aber es hat nichts gebracht, weil die Europäer Angst vor Migrationen haben. Berlusconi hatte ja mit Gaddafi ein starkes Abkommen, damit die Flüchtlinge nicht über das Mittelmeer kommen. Ben Ali hat es auch gemacht und wir stehen vor dem sehr großen Problem der Migration aus Afrika und armen Ländern der Welt. Das wird hier ja gar nicht erwähnt.

Es gibt eines, die Würde des Menschen. Egal, wo es ist, diese Parole der *Solidarność*, die gehört uns allen als Menschen und nicht nur den Polen, den Palästinensern, den Deutschen. Und da fangen wir in Europa an zu differenzieren. Manche meinen, das geht nur bis zu einer gewissen Grenze, was darüber hinaus passiert, ist uns ganz egal. Wir müssen Saudi Arabien 800 Panzer liefern in diesem Augenblick, und da wird die Menschenwürde mit Füßen getreten. Das ist ja auch ein Fakt!

Wenn ich mir die Werte von *Solidarność* damals anschau und bedenke, was heute passiert, da sehe ich sehr viele fast identische Parolen, die in Ägypten, im Jemen, in Syrien, in Jordanien, in Marokko gerufen werden, die Menschen verlangen nach denselben Werten. Menschenwürde ist Leben. Einfach mit Würde leben. Aber diese Menschen brauchen auch unsere Solidarität.

Wir haben jahrzehntelang die andere Seite unterstützt. Man braucht jetzt keine Angst zu haben, wenn islamische Parteien an die Macht kommen. Das heißt nicht, dass die ewig bleiben. Es gibt noch mal Wahlen und sie müssen sich auch behaupten.

ten. Aber ich befürchte im Augenblick, wegen der ökonomischen Krise, die wir jetzt durchmachen hier in Europa, wird man uns kaum helfen können. Wir sehen, was in Spanien, in Portugal und in Griechenland los ist. Und das ist das Pech für diese Länder da unten, denn jegliche Revolution oder jeglicher Aufstand braucht ökonomische Stärke und Arbeitsplatzbeschaffung, und dass den Menschen ein bisschen Hoffnung gegeben wird. Und das sehe ich nicht kommen, weder von den arabischen Golfstaaten, weil die ganz andere Interessen vertreten, als den Menschen bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu helfen, noch von den Europäern, weil die Europäer im Augenblick mit sich beschäftigt sind.



Ahmad Al-Sadi

Da sehe ich eine große Gefahr, dass die Menschen wieder sagen, das hat uns nicht viel gebracht, z. B. die Wahlen in Tunesien. Ich war zweimal in Tunesien danach. Die islamische Seite ist zwecks Wahlpropaganda in den Süden Tunesiens gegangen und hat den Leuten versprochen: Wenn ihr uns wählt, wird morgen alles besser. Und der wahnsinnige Zeitdruck, unter dem die Menschen stehen, und die wirtschaftliche Entwicklung, die nicht schnell genug nachfolgt, das könnte sehr gefährlich werden. Wir sehen, in Ägypten ist gewählt worden und innerhalb von zehn Tagen wurden die Parlamentswahlen annulliert. Vor drei Tagen hat die Militär-

macht gesagt: Egal welcher Präsident kommt, er hat hier keinerlei Macht. Und zu den Wahlen – keiner weiß, wer gewonnen hat, weil sich beide Seiten als Gewinner erklärt haben. Über den Jemen haben wir hier gar nicht berichtet, auch die Presse berichtet darüber kaum, obwohl es für den Jemen ein enormer Schub nach vorne war. Wer die jemenitische Gesellschaft kennt, weiß, wie zurückgeblieben sie ist. Und trotzdem haben die Menschen ausgeharrt und haben dieselben Parolen gerufen. Und da sage ich, wir müssen den Menschen mehr helfen. Wir haben Aufrufe aus Tunesien, eine kleine Gewerkschaft zu gründen. Das passiert nicht, es gibt keine Mittel dafür. Ich habe gelesen, dass die Europäische Union Mittel für die Hilfe bei der Bildung einer Zivilgesellschaft freigegeben hat, aber wenn man nach Geld fragt, dann sagen alle Stiftungen, dass es kein Geld gibt, bis heute gibt es kein Geld. Und die brauchen diese Hilfe. Wir brauchen praktische Solidarität. Aber wie gesagt, meine Befürchtung bleibt, dass die ökonomische Entwicklung nicht mithält mit den Wünschen der Menschen, die da leben. Und es dürfte schwierig werden, weil den Menschen sehr viel versprochen wurde.

Man muss es sich überlegen: In Ägypten herrschten seit 1952 Nasser, dann Sadat, dann Mubarak. Drei Menschen haben das Land seit 1952 beherrscht. In Syrien herrscht der Assad-Clan seit vierzig Jahren, im Jemen ein Herrscher seit über drei-

Big Jahren. In Tunesien waren es zwei Präsidenten, Ben Ali und Bourguiba. Da kann man sich vorstellen, was da alles in dieser Zeit bei diesen Völkern gelaufen ist, die Angst, die Unterdrückung, das würdelose Leben, all die Repressalien. Ich habe Angst, dass die Leute ungeduldig werden und diesen Ländern nicht die Zeit gegeben wird, sich zu entwickeln.

Basil Kerski: Ich habe keine Angst vor pessimistischen Einschätzungen, aber ich habe manchmal den Eindruck, die pessimistischen Analysen sind viel einfacher aufzustellen, als positive Potenziale aufzuzeigen. Zurück zu 1989, die Ausgangssituation war vielleicht euphorischer, da hat Volker Perthes vollkommen Recht, die Perzeption der mitteleuropäischen Revolutionen im Westen war eine andere und hat den jungen Demokratien positiven Auftrieb gegeben, aber die demokratischen Traditionen waren auch in Mittel- und Osteuropa sehr schwach entwickelt, historische Konflikte zwischen den Nationen wurden in der Zeit der Sowjetherrschaft eingefroren. Auch 1989 droht die Gefahr blutiger Konflikte in Mittel- und Osteuropa, diese wurden damals auch von Experten vorausgesagt und trotzdem sind nicht überall die schwarzen Szenarien eingetreten, vor allem die Entwicklung in Mitteleuropa verlief friedlich. Ich will die Transformationen in Mitteleuropa nicht schönreden, aber betonen, dass sie trotz großer Herausforderungen und schwacher demokratischer Traditionen friedliche Wege gegangen sind. Aus diesen Erfahrungen heraus möchte ich Sie, Herr Al-Sadi, fragen, wo Sie positive Potenziale in der arabischen Welt erkennen, die wir Europäer, weil wir ein distanziertes Verhältnis zur arabischen Welt haben, nicht sehen?

Ahmad Al-Sadi: Ja, ganz kurz: Positiv ist, dass die Menschen keine Angst mehr haben, egal was kommt. Und das ist enorm wichtig. Die Menschen werden nicht mehr jemanden dreißig, vierzig Jahre lang erdulden. Das geht nicht mehr. Die 25-Jährigen, 35-Jährigen sind inzwischen gut ausgebildet. Sehen Sie sich Tunesien an – ein enormer Bildungsstandard. Im Jemen, in Syrien ist es genauso. Dieser Angstfaktor ist gebrochen. Das ist das Wichtigste, das ich als positiv sehe, und darauf kann man aufbauen.

Basil Kerski: Professor Bronisław Misztal, Sie sind Direktor der internationalen Organisation »Community of Democracies«. Könnten Sie kurz etwas zu dieser Initiative sagen? Was ist das für eine Organisation, welche Ziele verfolgt sie, wie stark ist sie in den arabischen Transformationsprozess eingebunden?

Bronisław Misztal: Die letzten vier Jahre lang war ich Exekutivdirektor der »Community of Democracies«, einer internationalen Koalition, die nach Möglichkeiten sucht, um Ländern und Gesellschaften zu helfen, den Weg zur Demokratie zu finden. Das ist keine Organisation wie etwa die UNO, sie hat also keine großen Mittel zur Verfügung für Programme oder spektakuläre Aktionen. Das ist eine Organisation, die den gemeinsamen Nenner im Denken der Menschen sucht. In Tunesien, Ägypten oder Marokko waren wir viele Male, von Anfang an. Natürlich sind die

Ereignisse in den Ländern Nordafrikas für sehr viele, wie ich auch hier sehe, eine Quelle des Optimismus. Ich versuche, Realist zu bleiben, und um damit zu beginnen, es gibt natürlich keine goldene Mitte, kein Verfahren, nicht die »Gemeinschaft der Demokratie«, auch keine anderen großen internationalen Organisationen, einschließlich der Europäischen Union, die über die Mittel verfügen würden, um diese Prozesse in einheitlicher Weise zu unterstützen. Polen versucht, in Form des »European Endowment for Democracy« ein solches Verfahren zu schaffen. Ich würde die Prozesse, über die wir hier geredet haben, jetzt gern noch ein wenig systematischer betrachten. Dabei schlage ich vor, dass wir drei Dinge unterscheiden: die Ursachen dieser Prozesse, ihren Verlauf und ihre Folgen.

Die Grundfrage ist für mich als Wissenschaftler, aber auch für die Politiker, metaphorisch ausgedrückt: Führt – um das Motto der vom Europäischen Solidarność-Zentrum vorgeschlagenen Konferenz aufzugreifen – eine Autobahn von Danzig nach Tunis? Nein. Führt irgendein anderer Weg von Danzig nach Tunis, den irgendjemand irgendwann schon vorher einmal gefahren ist? Nein. Mit großem Interesse habe ich einmal eine nichtöffentliche Pressekonferenz des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez in Saudi-Arabien gehört, auf der er vorschlug, eine Autobahn von Caracas nach Saudi-Arabien zu bauen. Führt diese Autobahn durch Afrika? Nein.

Angesichts dessen glaube ich, dass es schwierig ist, eine Kausalität zu begründen zwischen den Ereignissen in Danzig, die große historische Ereignisse waren, und denen in Tunis und Nordafrika, die auch große historische Ereignisse sind, aber doch 30 Jahre später stattfinden. Es gibt keine universellen Gesetze der Geschichte, die bewirken, dass sich bestimmte Dinge vollständig wiederholen.

Die schlechte Nachricht, die ich hier für Herrn Professor Perthes habe, ist die, dass die Leute in Polen 40 Jahre lang in kleinen Wohnungen gewohnt haben; sie waren nicht besonders sexuell frustriert, und die Revolution haben sie nicht aus sexuellen Gründen gemacht, sondern wegen gravierender struktureller Faktoren, die die Entwicklung des sozialistischen Systems hemmten. Die Frage ist, welche Faktoren das sind – wir haben hier schon einige davon angesprochen –, die den Entwicklungen zugrunde liegen, die wir in Tunesien gesehen haben und anderswo sehen.

Natürlich könnten zu diesen Faktoren auch demographische Aspekte gehören, d. h. ein Überschuss an jungen Leuten, die gesellschaftlich nicht benötigt werden, für die es keinen Platz gibt oder, um einen anderen Begriff zu verwenden, die ausgeschlossen werden und vermutlich den Sprengstoff für die Gesellschaft vergrößern. Aber wenn das so wäre, dann müsste die Explosion in den nächsten Jahren in Angola erfolgen, wo über 50% der Bevölkerung unter 20 Jahre alt sind. Ganz sicher gehörten solche demographischen Aspekte mit zu den Ursachen, aber sie waren nicht entscheidend.

Ich habe Ihnen eine andere Erklärung anzubieten. So glaube ich, dass gesellschaftliche Veränderungen, die von autoritären Führern vorgenommen werden, in der Gesellschaft den falschen Eindruck erwecken, die autoritäre Staatsmacht sei

imstände, alles für sie zu regeln. Nach einer gewissen Zeit macht diese autoritäre Staatsmacht ihre Kinder zu Waisen. So ist es in Kuba, Venezuela, Nicaragua oder auch in Birma, wo wir vor kurzem gewesen sind und demokratische Workshops für die NLD durchgeführt haben, die Partei von Frau San Suu Kyi, die übrigens als Studentin an diesen Workshops teilnahm. Diese gesellschaftliche Verwaisung ist ein sehr wichtiger Grund dafür, dass die Leute anfangen, nach Wegen politischer Veränderung zu suchen. Es geht also um Menschen, die sehr lange Zeit alle ihre Hoffnungen investiert haben, und hier hat Herr Bujak sehr zutreffend betont, dass Revolutionen einen sehr wichtigen Aspekt von Würde haben. So nehmen Menschen, die ihre Hoffnungen in die Macht gesetzt haben, welche sie zu einem gewissen Zeitpunkt im Stich gelassen hat, ihr Schicksal selbst in die Hand. Aber die tunesischen Erfahrungen aus dem Jahr 2011 mit dem Versuch, die gesellschaftliche Verwaisung zu überwinden, und die polnischen Erfahrungen oder die Erfahrung der DDR, die ostdeutschen oder tschechischen Erfahrungen – das sind andere. Zwar liegt ihnen ein ähnlicher Mechanismus zugrunde, aber der Verlauf ist ein anderer.

Jetzt möchte ich auf den Verlauf dieser Prozesse zu sprechen kommen. Ich glaube, dass Revolutionen vor allem spontaner Natur sind, sie sind nicht vorhersehbar. Man kann nicht vorhersehen, wie sich die Veränderungen in Tunesien entwickeln werden, ebenso wenig wie man kaum vorhersehen kann, wie sie sich in Ägypten entwickeln werden; allen optimistischen und pessimistischen Szenarien zum Trotz glaube ich, dass man das noch nicht sagen kann. Sicher ist jedoch, dass diese Prozesse keiner Kontrolle unterliegen, d. h. weder die USA noch Frankreich noch Russland, die UNO oder auch Deutschland sind imstande, diese Prozesse einseitig zu kontrollieren. Die

Völker und Gesellschaften suchen Autonomie, sie wollen Subjekte sein, und dieser Weg nimmt eine unwahrscheinliche Dynamik an. Deshalb ähnelt keine Autobahn der anderen. Und deshalb wird diese Autobahn, die die Völker und Gesellschaften Nordafrikas heute zu bauen versuchen, sich von der Autobahn unterscheiden, die die Litauer, Polen, Ostdeutschen, Tschechen und Ungarn gebaut haben.

Sicher wurde die Revolution in den Staaten Nordafrikas gestohlen, das ist hier schon gesagt worden. Das ist ein äußerst wichtiges Merkmal aller Revolutionen. Revolutionen werden von den einen Leuten begonnen und von anderen beendet. Ich glaube, dass die Erfahrung von Herrn Bujak und all derer, die am Runden Tisch teilgenommen haben, hier auch sehr dramatisch ist. So ist der Lauf der Geschichte. Sicher wird dieses Phänomen auch in den Staaten Nordafrikas auftauchen. Die Frage ist, wer diese Revolution zu Ende bringen wird. Welche gesellschaftlichen



Akteure, welche politischen Akteure werden auftreten, um diese Revolution zu Ende zu führen? Die Jugendlichen vom Tahrir-Platz? Vermutlich nicht. Und wenn doch, wird diese Jugend im mittleren Alter sein, wenn sie die Revolution zu Ende bringt. Der Mittelstand? Derselbe, der Nutznießer der totalitären Systeme war? Vielleicht ja, aber er müsste sich ernsthaft verändern. Oder die Intellektuellen? So wie in Polen. Die Arbeiter fingen an, und die Intellektuellen profitierten von den Ergebnissen der Veränderungen. In diesen Ländern gibt es keine so starke intellektuelle Schicht, aber vielleicht wird es so sein. Sicher werden wir die Marginalisierung und den Ausschluss politischer Akteure erleben, die die Revolution begonnen haben. Das ist noch ein frischer Prozess, also bleiben die anfänglichen Akteure noch auf der Bühne, aber sie werden abtreten müssen, und das sind unwahrscheinlich brutale und schmerzhafteste Prozesse.

Es gibt noch ein weiteres Element in dieser Folge. Bringen die ablaufenden Prozesse, d. h. bringt der Verlauf dieser Revolution den Ländern Demokratie oder Freiheit? Freiheit ist ja beispielsweise die Freiheit zu demonstrieren oder die Freiheit, die eigene Meinung auszudrücken. Demokratie hingegen ist eine sehr komplexe Form politischer Kultur. So ist die Demokratie ein sehr weit entferntes Ziel, und man kann – wie man an den Staaten sieht, die diesen Weg beschritten haben, die 1989 auf diese nord- und mitteleuropäische Autobahn gefahren sind – eine Demokratie aufbauen, aber das geht nur langsam. Je langsamer man sie aufbaut, desto stabiler wird sie. Je schneller man sie aufbaut, desto gefährdeter ist sie leider für Brüche. Und nun komme ich auf die Folgen dieser Prozesse zu sprechen.

Dazu möchte ich noch einmal auf das zurückkommen, was Herr Bujak gesagt hat, auf seine Erfahrung, als er in der staatlichen Verwaltung gearbeitet hat. Sie haben sich, wenn ich das richtig verstanden habe, auf das Programm des Politiktransfers bezogen; ganz bestimmt gibt es, was die nordafrikanischen Revolutionen betrifft, ein Bedürfnis, dass Europa bereit ist, einen Politiktransfer vorzunehmen. Einen Transfer guter Praktiken, den Transfer einer bestimmten kultivierten Technik des Regierens, damit die Völker, die dies möchten und diese Erfahrungen auch nutzen können, imstande sind, sehr wichtige Veränderungen im Bereich der Organisation des Staates zu implementieren. Dieser Politiktransfer ist ausschlaggebend für den Erfolg einer Revolution.

Es gibt noch eine Sache, die meines Erachtens in Staaten mit einem wichtigen islamischen Faktor sehr wichtig ist und die man bedenken muss. Das ist die Rolle der Frauen. Der Islam garantiert den Frauen eine bestimmte Position, die sich aus der Tradition und der Kultur ergibt. Staaten, in denen moderne Tendenzen mit erzieherischen Tendenzen zusammenstoßen, werden oft zum Konfliktfeld entweder eines politischen Verteidigungskampfes oder eines gegen die Rechte der Frauen. Eines der Länder, in denen dieser Kampf einen sehr dramatischen Verlauf nahm, war der Iran zu Zeiten des Schahs. Ich glaube, dass ein eventueller Erfolg der Veränderungsprozesse in Nordafrika davon abhängen wird, in welchem Maße die Frauen imstande sind, ihren Platz in der neuen Gesellschaft zu finden, ohne dass die Grundzüge der

Tradition verletzt werden, die dieser Gesellschaft ein Gefühl von Sicherheit vermitteln. Wenn die Revolution sich in einer Weise vollziehen sollte, die das Sicherheitsgefühl der traditionellen Familie verletzt, dann befürchte ich, dass diese Revolution nicht erfolgreich sein wird. Andererseits fürchte ich, dass wenn wir die Geschicke dieser Revolution den Männern überlassen – die Herren hier mögen mir diese Bemerkung verzeihen –, diese Revolution mit einer sofortigen Niederlage enden wird. Ich sehe also den Erfolg dieser Revolution in Abhängigkeit von der Rolle der Frauen.

Das dritte Element, auf das ich schließlich hinweisen möchte, ist die kulturelle Polarisierung. Die plötzliche Vergrößerung der Freiheiten in den nordafrikanischen Gesellschaften hat zur Folge, dass es zu einer kulturellen Spaltung kommt, wie wir sie vorher noch nicht gesehen haben, zwischen Tradition und Moderne, zwischen islamistischen Einflüssen von eher bewahrendem Charakter und progressiveren Einflüssen, und diese Spaltung wird sich noch weiter vergrößern. Vermutlich wird es Länder geben, in denen es gelingt, sie in irgendeiner Weise zu verdecken oder zu übertünchen. Vermutlich wird Tunesien eines dieser Länder sein, aber vermutlich werden wir auch Völker und Gesellschaften sehen, in denen die Spaltung dramatischer sein wird, und in Folge dessen werden auch die Wirkungen der Demokratisierungsprozesse fragwürdiger sein.

Zum Schluss möchte ich Ihnen sagen, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede ich sehe, wenn ich die Perspektive einer eventuellen Autobahn von Danzig nach Tunis betrachte. Die 1980er Jahre und das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts haben das zur Folge gehabt, was in Danzig begonnen hat, was sich später in Prag und Budapest und unter Beteiligung von Markus Meckel auch bei den Bürgern der DDR fortsetzte: Es kam zu einer Öffnung Europas. Und ganz sicher war die Solidarność der Schlüssel, der für alle diese Völker die Tür nach Europa unwiderruflich geöffnet hat. Von dem, was ich sehe, und von dem ganzen Diskurs, den wir heute in der Europäischen Union verfolgen, können die Ereignisse in Nordafrika eher zu einer Abschottung Europas beitragen, aus Furcht vor weiteren großen Einwanderungswellen, zusätzlich zu der Finanzkrise, die das Volumen des Marktes plötzlich begrenzt. Das wirkt sich zum Nachteil der Ereignisse des letzten Jahres aus.

Die Demokratisierungsprozesse und die gesellschaftlichen Prozesse in Osteuropa sind weiter fortgeschritten, wie Herr Bujak hier gesagt hat, und natürlich stimme ich dem energisch zu, sie sind fortgeschritten, parallel zu den ökonomischen und auch mentalitätsmäßigen Integrationsprozessen zwischen diesen Ländern und Europa. Die Prozesse, die heute in Nordafrika vor sich gehen, können jedoch – und solche Ängste werden deutlich im Gespräch mit den Partnern in Tunesien, Ägypten und Marokko – zum Versuch einer Rekolonisierung Nordafrikas führen. Das sind zwei völlig andere Prozesse.

Schließlich resultierten die politischen Veränderungen in Osteuropa aus dem, was die Solidarność vorgeschlagen und begonnen hat, sie führten zu einem sehr weitreichenden Fortschreiten in der gesellschaftlichen Entwicklung ganz Europas. Die

Solidarność hat Europa sozusagen eine Verjüngungskur beschert. Ich schließe nicht aus, dass die politischen Veränderungen, die auf der Eröffnung und der Erweiterung der Freiheit in Nordafrika beruhen, zu einer Stärkung des bewahrenden Faktors in Nordafrika und im Nahen Osten führen. Ich danke Ihnen.

Basil Kerski: Professor Misztal, vielen Dank für diese sehr anregende Analyse. In einem Ihrer Texte entdeckte ich vor kurzem die interessante Unterscheidung zwischen Freiheit und Demokratie. Sie betonten darin, dass persönliche Freiheit nicht immer zu einer funktionierenden Demokratie führen müsse. Sie betonten, dass in Russland heute persönliche Freiheit möglich, die Russische Föderation aber keine Demokratie sei. Ein sehr interessanter Gedanke.

Meine Damen und Herren, ich werde jetzt Herrn Dr. Nowotarski um seine Stellungnahme bitten. Herr Dr. Nowotarski war viele Jahre am Aufbau der kommunalen Stadtverwaltung in Breslau beteiligt, als stellvertretender Stadtpräsident, als Mitglied des Stadtrats. Er hat den langen Prozess der Neugestaltung der polnischen Verfassung als Jurist und Rechtsexperte begleitet. Sie wissen, in Polen hat es lange gedauert, bis eine endgültige Verfassung des demokratischen Staates beschlossen wurde. Die Verfassung beinhaltet eine Verschuldungsgrenze, damals ahnte man in Europa nicht, was das für eine bedeutende Neuerung ist. Dr. Nowotarski ist wichtiger Partner des Europäischen Solidarność-Zentrums in unserer Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Staaten. Er interessiert sich für diese Region. Er war, auch in unserem Auftrag, Wahlbeobachter in Ägypten und ist auch einer der Initiatoren von neuen Beratungsstrukturen, die sich mit den Veränderungen in der arabischen Welt befassen.

Bartłomiej A. Nowotarski: Entschuldigen Sie, mein Deutsch ist nicht gut, aber als ich in der Grundschule war, lehrte man mich die Sprache der Freunde aus der DDR. Die DDR gibt es nicht mehr, daher habe ich auch kein fließendes Deutsch gelernt. Um an das anzuknüpfen, was Professor Bronisław Misztal gesagt hat: Es ist wahr, dass es keine Autobahn von Danzig nach Tunis gibt, aber ich versichere Ihnen, dass es bis heute auch keine Autobahn von Danzig nach Breslau gibt. Damals gab es nicht einmal eine von Danzig nach Warschau, aber immer gab es eine von Breslau nach Berlin, auf der ich hier zu Ihnen gefahren bin, und ich will nicht mehr daran erinnern, wem wir sie verdanken.

Meine Damen und Herren, die Revolution und die freien Wahlen in afrikanischen, in arabischen Ländern sind eine sehr wichtige Sache, aber das ist erst der Anfang eines Demokratieaufbaus. In Tunesien habe ich sehr transparente und ordnungsgemäß durchgeführte Wahlen beobachtet. Die Wahlkomitees haben absolut transparent gearbeitet. In Ägypten spürte man allerdings schon eine etwas andere Atmosphäre. Das Gefühl, dass der herrschende Militärrat den gesamten Prozess des demokratischen Übergangs manipuliert, war weit verbreitet. Und eben über diese weltweiten Erfahrungen möchte ich sprechen, wobei ich hier hauptsächlich unsere Gäste aus Tunesien im Auge habe.

Seitdem Anfang 1974 der General Ernesto Geisel als Erster die brasilianische Junta auflöste, segelten genau 90 Länder wie Sindbad der Seefahrer von verschiedenen Formen der Diktatur in den Hafen der Demokratie. In dieser Tatsache liegt ein großer Optimismus begründet, aber leider auch ein nicht geringer Pessimismus. Seit jenem Frühjahr 1974 begannen 1.400.000.000 Menschen das Leben freier Menschen zu leben. Darin liegt jedoch auch ein großer Pessimismus, denn nur 27 % der Länder, die sich transformiert haben, konnten ihre Demokratie erfolgreich konsolidieren. Der Rest steckt fest in irgendwelchen Hybriden zwischen Autokratie und Demokratie. Seit fünf Jahren stelle ich mir wissenschaftlich die Frage: Warum ist das so, dass dies 73 % der Länder nicht gelungen ist? Welche Erfahrungen erwachsen daraus für die Welt, und welche Chancen haben die muslimischen Länder, die Länder mit muslimischen Mehrheiten? Unter anderem zu diesem Zweck habe ich in Polen zusammen mit dem Chef der polnischen Imame bei der Muslimischen Liga das Institut für Islamstudien gegründet, um die Probleme und Chancen für die Demokratisierung der muslimischen Länder zu verstehen.

Mein Statement möchte ich in drei Teile teilen. Erstens möchte ich mich auf strukturelle Aspekte beziehen, zweitens auf den Übergangsprozess selbst, also die Transition von der Autokratie zur Demokratie. Schließen möchte ich drittens mit Schlussfolgerungen im Hinblick auf den Aufbau von Institutionen, wie sie für die jungen Demokratien am sichersten sind.

Bei Besuchen in Ägypten und Tunesien bin ich zu dem Schluss gelangt, dass wir in Mittel- und Osteuropa mit diesen Staaten sehr viel gemeinsam haben. Erstens haben wir eine ebenso geringe Erfahrung beim Aufbau der Demokratie, das war nur eine kleine Episode in der Zeit zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. 190 Jahre lang hatten die Polen überhaupt keinen eigenen Staat. Deswegen haben wir den Aufbau praktisch auf Trümmern begonnen. Zweitens haben sowohl die Araber als auch wir in Europa die Diktaturen gehasst. Wenn man sich die Untersuchungen des *Arab Human Development Report* anschaut, konnte man sehen, dass die Araber zu 94 % keine Tyrannei wollen, weder eine zivile noch eine religiöse, und dass tatsächlich, wenn man tiefer geht, gerade der Islam oft die Antwort auf autoritäre Repression war. Die Religion sollte Asyl sein für die Gläubigen des Islams. Schließlich konnten wir 40 Jahre lang in Polen keinen friedlichen Übergang der Macht in die Hände der Opposition zustande bringen. Die Araber selbst geben immer zu, dass das für sie eines der größten Probleme gewesen ist. Oft heißt es, man könne in armen Ländern keine Demokratie errichten. Natürlich ist das Bruttoinlandsprodukt nicht hoch, weder in Tunesien noch in Ägypten. Aber wir hatten 1990 in Polen, soweit ich mich erinnere, 2.800 Dollar pro Kopf, in Rumänien und Bulgarien kaum 1.700. Ganz zu schweigen von einem für uns so exotischen Land wie der Mongolei, die eine Demokratie und ein halbpräsidentielles System geschaffen hat, bei einem BIP von 500 Dollar *per capita*. In diesem Land leben 6 Millionen Menschen auf einer Fläche, die dreimal so groß ist wie Frankreich, und trotzdem haben sie unvorstellbarerweise eine nicht schlecht funktionierende, halbpräsidentielle Demokratie

geschaffen. Vor allem deswegen, weil sie auf die sozialen Unruhen von 1990 nicht mit Repressionen reagiert haben, sondern weil die in drei Fraktionen aufgeteilten Eliten eine gemeinsame Regierung bildeten und gemeinsam begannen, an einer Verfassung zu arbeiten. Und schließlich habe ich auch Untersuchungen gesehen, die zeigten, dass sich Ägypten und Tunesien am Ende der Herrschaft von Ben Ali und Mubarak, als es um den Grad der Liberalisierung in den Gesellschaften ging, auf dem Niveau Polens von 1986 befanden, also drei Jahre vor der Wende.

Natürlich ist der Islam ein besonderes Thema, aber vielleicht weniger der Islam als vielmehr ein Teil seiner orthodoxen Gläubigen, genannt Salafisten. In Tunesien hat diese radikale Abspaltung in letzter Zeit leider in einer Weise von sich reden gemacht, die kaum als demokratisch zu bezeichnen ist. Ich habe jedoch die Moslembrüder kennen gelernt, und fürs Erste beginnen sie, wie ich sehe, nach den Regeln der Demokratie mitzuspielen, sie sind ins Parlament gekommen und unterwerfen sich seinen Prozeduren. Aber es herrscht ein wenig Unverständnis über das Wesen der Demokratie. Die Imame, die ich kenne, haben das immer so ausgedrückt: »Naja, ihr dort in Europa müsst alles machen, was das Volk euch befiehlt, aber wir haben die *Scharia*.« Woraufhin ich immer geantwortet habe: »Nein, das ist nicht wahr, wir können gar nicht alles machen, was das Volk uns sagt, denn wir haben *rule of law*, die Herrschaft des Rechts. Die Demokratie ist nicht einfach die Herrschaft der Mehrheit.« Und ehrlich gesagt, die *Scharia* verbietet nur drei oder vier Dinge absolut, die außerhalb jeder Diskussion stehen: außerehelichen Sex, das Trinken von Alkohol, das Essen von Schweinefleisch. Sie verbietet jedoch keineswegs den Aufbau einer guten, ausbalancierten Demokratie mit einer gegenüber der Gesellschaft verantwortlichen und dem regelmäßigen Wechsel unterworfenen Macht.

Unsere Freunde in Tunesien haben gerade vor ein paar Tagen die Präambel ihrer Verfassung geschrieben. Es gibt eine große Diskussion über dieses Thema, wie damals in Polen, jeder hat eine andere Aufgabe. Am Ende haben die Tunesier aber darin eine klare Gewaltenteilung und das Prinzip des demokratischen Wechsels festgeschrieben. Sie haben also auf Konkurrenz gesetzt, und das gehört zum Kanon der Demokratie. Ich glaube, dass der sunnitische Islam nicht so ein Problem ist, wie das immer beim schiitischen der Fall sein kann (den ich im Iran analysiert habe). Ich glaube zutiefst an ihren *ijtihad*, d. h. an die offene Interpretation koranischen Rechts. Wenn diese modern sein wird, und das ist die Herausforderung, vor der die arabischen Gesellschaften stehen, wird es gut sein. Man darf nicht vergessen, dass gerade der *ijtihad* nach fast zehn Jahrhunderten wieder allgemein akzeptiert wird. Die koranischen Schulen, die Schulen der Rechtsgelehrten, streiten immer untereinander. Die Interpretation des Rechts vollziehen sie manchmal so wie die soziologischen Schulen in den USA, denn sie beziehen sie auf bestimmte Gemeinschaften, die *Ummas*.

Geht es jedoch um den demokratischen Übergang selbst, so wird dieser oft in der Tat nicht nur vom Erfolg einer Revolution bestimmt, sondern auch von der zukünftigen verfassungsmäßigen Ordnung. Es hat Übergänge von oben gegeben, so wie

in Brasilien oder Chile. Solche also, die im Grunde genommen von Funktionären des *ancien régime* kontrolliert wurden. In Brasilien dauerte dieser Übergang länger, als die *Junta* überhaupt regiert hat. Es gab welche, die durch Vereinbarungen zustande kamen, wie in Polen, aber so ganz wirklich sind sie niemals zu vereinbaren. In der Praxis gibt es nie ein Gleichgewicht. Jeder sieht zu, wie er die andere Seite überlisten kann. Und genau so war es auch in Polen, der Runde Tisch war gewissermaßen ein Ort, an dem politisch miteinander gerungen wurde. Es gab auch Revolutionen von unten, solche also, die von den neuen Eliten kontrolliert wurden, wobei diese neuen Eliten, damit das gelingen kann, prodemokratisch eingestellt sein müssen. In ganz Zentralasien und Osteuropa kamen die neuen, alten Eliten an die Macht. Da sie postkommunistisch waren, waren sie nicht demokratisch eingestellt. Und das endete so wie in Russland, Kasachstan, Kirgisien oder Usbekistan usw.



Bartłomiej A. Nowotarski

Meine Damen und Herren, das ist eine echte Frage: Wie gewinnt man Eliten für die Demokratie? Sieht man sich die heutige Militärregierung in Ägypten an, steht außer Zweifel, dass sie manipulieren, vor allem um ihre Interessen zu verteidigen. Angeblich haben sie 40 % Anteil an der nationalen Wirtschaft. Ein Problem ist auch, dass es Leute in Ägypten gibt, die sich als Liberale ausgeben, aber in Wirklichkeit nicht liberal und demokratisch sind, insofern als sie die Militärregierung immer nur aus Angst vor den Moslebrüdern unterstützen würden und ganz sicher vor den Salafisten, die auch ins ägyptische Parlament gekommen sind. Geht es wiederum um Tunesien, kann es dort nur um

die Gefahr gehen, dass eine Partei zu dominant wird. Zwar befindet sich die postislamische Partei *Ennahda* heute in einer Drei-Parteien-Koalition und hat selbst keine Mehrheit, aber ihre einstmalig unversöhnliche Haltung gegenüber dem Regime von Ben Ali, ihre tiefe strukturelle Verwurzelung in der Gesellschaft und ihre islamische Identifikation können zu diesem Syndrom der dominierenden Partei führen, ähnlich wie dies in der Türkei mit der postislamischen AKP geschehen ist. Wie also soll man die Eliten davon überzeugen, dass sie prodemokratisch handeln und anfangen, nach den demokratischen Regeln zu agieren? Ich möchte betonen, dass wir in Polen eine ähnliche Situation mit unseren Postkommunisten hatten, die aus der kommunistischen Partei hervorgegangen sind. Wie üblich, gründeten sie eine sozialdemokratische Partei und begannen auf der politischen Bühne mitzuspielen. Ein Vizepremier, der aus dieser Ecke kam, erklärte mir, wieso sie die Demokratie insgesamt so leicht akzeptiert haben. Auf einer geschlossenen Sitzung der Fraktion sagte einer geradeheraus, nachdem sie die Macht errungen hatten und damit auch Einfluss und Geld: »Genossen, wieso haben wir so lange diesen Sozialismus

verteidigt, wenn wir in der Demokratie auch die Macht errungen haben?« Das war eben möglich dank der Rotation der Macht, wie sie für die Demokratie charakteristisch ist. Der Punkt ist also der, dass alle in diesen neuen Demokratien verstehen müssen, dass die Demokratie jedem die Chance gibt, an der Regierung seines Landes teilzuhaben.

Wie ist nun die gegenwärtige Situation in Nordafrika einzuschätzen? Hier im Saal hat jemand zu Recht angemerkt, dass in Ägypten natürlich ein »Selbstputsch« stattgefunden hat, ein *coup d'état* von Seiten des Höchsten Militärates. Ein solcher »Selbstputsch« ist eine Situation, in der ein Verfassungsorgan einen Anschlag auf ein anderes Verfassungsorgan begeht. In Ägypten wurde so das Parlament liquidiert, unter verdächtiger Beteiligung des Verfassungsgerichts. Die Situation ist daher sehr unsicher. Erstens kann das Militär leider ein Präsidialsystem anstreben, aber mit einem Präsidenten als seiner Marionette, der die Interessen des Militärs verteidigt. Zweitens kann die scharfe Polarisierung zwischen Moslebrüdern und zivilem Regime zu einem Bürgerkrieg führen. Man darf nicht vergessen, dass hinter den Moslebrüdern die Salafisten stehen, die auf diese Druck ausüben. In einer solchen Situation muss Mursi die Präsidentschaftswahlen gewinnen, denn nur so kann man das Militär zu Verhandlungen zwingen. Am Donnerstag werden wir erfahren, wer gewonnen hat. Dennoch habe ich in dieser polarisierten Situation auch Hoffnung. Bedingung: Die Eliten müssen im Konsens polarisiert sein, also bereit zu Gesprächen und nicht zur Schlägerei. Polen hat sich 1992 aus seiner schwierigen Lage herausgekämpft, in dem Jahr, in dem die erste gut ausbalancierte demokratische Verfassung verabschiedet wurde. Und das kam so. Nach 1989, als die *Solidarność* die Wahlen klar gewonnen hatte, wurde der postkommunistische Präsident Jaruzelski, der die Entscheidung der Wähler respektierte, ein passiver Präsident. Deshalb hatte die *Solidarność* auf der politischen Bühne ein Monopol. Aus dem zeitlichen Abstand heraus gesehen, glaube ich, dass dieses Monopol eine Gefahr darstellen konnte, d. h., eine neue Verfassung konnte von einer einzigen politischen Richtung diktiert werden. Und was geschah? Es kam zu einer Teilung in die Anhänger von Lech Wałęsa und Tadeusz Mazowiecki. Diese Teilung zwang beide Seiten zu Verhandlungen bei der Erarbeitung der neuen Verfassung. Im Spiel waren die Ambitionen des Präsidentschaftsamtes und des Senats, der oberen Parlamentskammer. Dadurch wurde ein Gleichgewicht hergestellt. Die Verfassung musste praktisch Schritt für Schritt verhandelt werden. So wurde sie zum Ergebnis eines Verhandlungsprozesses und nicht nur von einem Lager diktiert. Ich hoffe, dass die *Ennahda* in Tunesien sich dessen bewusst sein wird, dass man eine Demokratie und ihre Verfassung nicht allein herstellen kann, ohne Mitwirkung auch anderer Eliten, ohne Mitwirkung der gesamten Gesellschaft (zumindest in Form eines Referendums).

Abschließend etwas über die Schaffung von Institutionen in jungen Demokratien. Hier liegt meiner Ansicht nach die Antwort auf die Frage, wieso es in 73 % der Länder, die sich in Richtung einer Demokratie transformieren, nicht gelungen ist, diese Demokratie zu konsolidieren. Die Hauptgründe dafür sind:

1) die geradezu ordinäre Verletzung des für eine Demokratie kardinalen Prinzips der Gewaltenteilung (es geht hier um die Verschmelzung von Legislative und Exekutive, das Recht also, Dekrete zu erlassen oder eigenständig ein Referendum zu verkünden, das von Präsidenten in Lateinamerika, Zentralasien sowie in Weißrussland, Russland und der Ukraine in Anspruch genommen wird. Hinzu kommt das Nichtrespektieren des Prinzips der *incompatibilitas*, wonach Ämter der Exekutive nicht mit einem Mandat der Legislative verbunden werden, was zu einem weit verbreiteten Phänomen in Ländern des anglophonen Afrikas südlich der Sahara geworden ist. Dies machte es den jeweiligen Präsidenten oder Premiers möglich, in der Regierung so viele Abgeordnete unterzubringen, dass ihnen im Parlament immer eine dominierende Position garantiert war);

2) eine übermäßige Dominanz und Konzentration der ausführenden Gewalt (von Präsidenten in Präsidentschaftsrepubliken sowie Regierungen und Premiers in parlamentarischen Systemen), die in der Praxis oft in Versuchen mündete, sich des für die Demokratie heiligen Mechanismus der Kontrolle der Macht, des Systems der *checks and balances*, zu bemächtigen, was mit einer Abwertung der Stellung der Parlamente und Gerichte, vor allem des Verfassungsgerichts einherging und außerdem zu einer starken ökonomischen Machtfülle führte. Es zeigt sich, dass die Begrenzung und Mäßigung der Exekutive – und sei es auch nur um die Hälfte – die Chance verdoppelt, dass sich die Demokratie durchsetzt;*

3) das Muster der »dominierenden Partei« zuzulassen (wie damals im Fall von Mubarak und Ben Ali), das den Pluralismus der Parteien und gesellschaftlichen Optionen zerstört.

Zu einer Antwort auf diese allgemeinen Gefahren für die jungen Demokratien in den Ländern Ostmitteleuropas (aber auch der Mongolei), denen es gelungen ist, recht gut funktionierende Demokratien aufzubauen, ist grundsätzlich das halbpräsidentsielle System geworden, das jedoch nach den parlamentarischen Regeln funktioniert. Es umfasst einen Präsidenten, der in allgemeinen Wahlen gewählt wird, jedoch ausdrücklich nicht über die Kompetenz verfügt, sich in laufende Regierungsgeschäfte einzumischen, was nur einer Regierung zustehen sollte, die sich ausschließlich vor dem Parlament zu verantworten hat, nicht aber auch vor dem Präsidenten (Misstrauensvotum). Ein solches System haben 8 von 11 Ländern angenommen (die übrigen haben rein parlamentarische Systeme). Renommiertere Indizes

* Eben diese Ursache für die Erosion der Demokratie wurde aufgrund der Daten von Polity IV und von regressiven Multivariantenmodellen klar als ausschlaggebend bestätigt. Die Konzentration der Exekutive beeinflusst diese Erosion entsprechend zu 70 %, und nur zu 40 %, wenn es eine solche Konzentration nicht gibt. Die Schuld daran sollen Institutionen tragen, die die Macht der Exekutive nicht ausreichend begrenzen und ihre Funktionsträger auf diese Weise maßlos werden lassen. Siehe die Untersuchungen in: E. B. Kapstein, *Why Young Democracies Fail*, Paper for presentation at the Crisis States Research Centre Seminar, 2009, <http://www2.lse.ac.uk/internationalDevelopment/research/crisisStates/download/seminars/KapsteinConverseFeb1109.pdf>; und: E. B. Kapstein, N. Converse, *Why Young Democracies Fail?*, »*Journal of Democracy*« 2008, vol. 19, no. 4, S. 57-68.

für den Grad der Konsolidierung und Qualität der Demokratie (Bertelsmann, Transformation Index) geben hierbei die höchsten Bewertungen abwechselnd halbpräsidentsientellen Modellen wie in Slowenien, Polen sowie der Slowakei (nach 1998) und parlamentarischen Republiken wie Tschechien und Island. In weltweiten Rankings finden sich unter den ersten zehn Plätzen der neuen Demokratien fünf mit halbpräsidentsientellen Systemen, an der Spitze (neben Uruguay und Spanien) Slowenien, Portugal und Polen. Und nicht weit hinter ihnen folgt die Mongolei.

Warum ist das so? Meiner Meinung nach:

Erstens, weil das halbpräsidentsientelle System in dieser Ausführung den vernünftigsten Mechanismus eines Gleichgewichts der Kräfte – *checks and balances* – darstellt, der vor der Rückkehr von Diktaturen schützt, obwohl es hier und da Versuche gibt, autokratische Praktiken wiederzubeleben. Da errechnet wurde, dass in 70 % der Fälle eine zu starke Konzentration der Exekutive eine Erosion der Demokratie begünstigt, gehört in diesem System der Präsident zu den »Veto-Akteuren« und schwächt dadurch die Position der Regierung. Dass der Preis dafür Streitigkeiten zwischen Präsident und Premier (hauptsächlich wegen ihrer unterschiedlichen Ambitionen) sein können, ist nur von ästhetischer und natürlich medialer Bedeutung.

Zweitens ruft das halbpräsidentsientelle System, bei dem der Präsident mit einem starken Vetorecht ausgestattet ist, Respekt vor dem Prinzip der Gewaltenteilung hervor. Denn es erzwingt im Parlament eine Entscheidungsmehrheit, die die Regierungsmehrheit übersteigt. Das ist die wirkliche Errungenschaft dieses Systems. Und die Schwäche des reinen Parlamentarismus wird dadurch überwunden.

Drittens wurde dank seiner Anwendung in den meisten proportionalen Wahlsystemen die Aufteilung der politischen Einflüsse unter den verschiedenen gesellschaftlichen Optionen in relativ transparenter Weise gewährleistet (was für junge Demokratien überaus wichtig ist). Hier schadet im Gegensatz zu einem reinen Präsidentsientellen System der Pluralismus im Parlament nicht dem Funktionieren des Systems als Ganzes.

Viertens schränkt das halbpräsidentsientelle System nicht nur die gesetzgebende Gewalt der Regierung (wegen des legislativen Vetos), sondern auch die Macht ein, Ämter zu vergeben und von Ämtern zu entheben, denn viele Ernennungen können eben dem Staatsoberhaupt übertragen werden.

Fünftens hat dieses System einfach die Chance, mehr »Veto-Akteure« ins Spiel zu bringen als das reine Präsidentsientelle System und ganz sicher als das parlamentarische Westminster-System.

Sechstens schließlich hat man sich, außer in Tschechien, für eine möglichst schnelle Dezentralisierung der Macht durch allgemeine Wahlen zu kommunalen Organen entschlossen und diesen unabhängige Budgets und dadurch Unabhängigkeit von ihren Hauptstädten zugesichert. Gleichzeitig haben wir leider zu oft vergessen, dass auch dort die Demokratie in ähnlicher oder sogar gleicher Weise erodiert wie auf der zentralen Ebene.

Aufgrund all dieser Eigenschaften bietet das halbpräsidentielle System größere Chancen für ein erfolgreiches Funktionieren, und durch seine charakteristische Transaktivität verspricht es eine größere Stabilität der Politik, auch jenseits von einzelnen Legislaturperioden.

Zusammenfassend scheint es so, dass die jungen Demokratien, auch in Nordafrika und irgendwann hoffentlich auch im Nahen Osten, vor allem die Präsidentialmodelle meiden sollten (außerhalb der USA ist das niemandem gelungen, eben wegen des mangelnden Respekts für die *separation of powers*), aber auch die parlamentarischen Modelle britischer Art (die Anwendung dieses Modells ist in Afrika südlich der Sahara völlig gescheitert) und auch die unverantwortliche Vermischung beider Modelle (wenn etwa der Präsident gleichzeitig Premier ist), außerhalb von Regeln, die durch halbpräsidentielle Varianten gesetzt werden, welche nach parlamentarischen Regeln funktionieren. Wir müssen immer daran denken, und das möchte ich noch einmal betonen, dass das grundlegende Übel sowohl der arabischen als auch der kommunistischen Länder einstmals die Unmöglichkeit war, eine friedliche Rotation der Macht vorzunehmen. Die Demokratie gewährleistet eben dies. Außerdem macht die Zustimmung der wichtigsten Eliten zu den Regeln, die die Freiheit der Medien, die Existenz und Tätigkeit gesellschaftlicher Organisationen und kommunaler Behörden regeln, die Voraussetzungen dafür komplett, dass sich die Demokratie erfolgreich konsolidiert. – Ich danke Ihnen.

Basil Kerski: Vielen Dank. Nun übergebe ich zum Abschluss nochmals an alle Panelteilnehmer. Im Mittelpunkt steht die folgende Frage: Welche konkreten Erfahrungen aus unseren mitteleuropäischen Transformationen können wir den jungen Demokratien in der arabischen Welt vermitteln?

Volker Perthes: Ich würde sehr gerne drei Fußnoten zum Vortrag von Herrn Misztal machen. Vielleicht habe ich tatsächlich zu schnell gesprochen, so dass Sie da nur die sexuelle Revolution oder Frustration gehört haben und nicht die anderen Elemente, die ich auch aufgezählt habe. Worum es mir geht, ist: Wir haben eine soziale Marginalisierung, eine politische Marginalisierung und eine Marginalisierung von allen Aspekten von Freiheit, die mit einer politischen Marginalisierung zusammenkommen. Und einer der großen Unterschiede, z. B. zwischen den Jugendlichen in Tunesien, in Ägypten, in Spanien und in Griechenland, denen es sozial und wirtschaftlich auch nicht sehr gut geht, ist beispielsweise, dass die Spanier sich erstens selbst verwirklichen können, zweitens sie kein Visum brauchen, um nach Deutschland zu kommen, und, auch ganz wichtig, drittens sie ihre Regierung abwählen konnten. Das sind schon drei ganz wichtige Faktoren, die einen Unterschied machen, selbst wenn wir die gleiche Frustration bei Leuten sehen, die das Gefühl haben, dass ihre Regierung oder ihr Land ihnen wenig Zukunft gibt.

Das zweite ist, was wird aus den Revolutionären der ersten Stunde, die dann nicht in den Parlamenten, in den Regierungen sind? Und vielleicht, auch wenn das ein

wenig den Zusammenhang dieser Konferenz sprengt, müssen wir da den Vergleich nicht zwischen 2011 arabische Welt und 1989 ziehen, sondern zwischen 2011 arabische Welt und 1968, und zwar 1968 in Polen genauso wie in Deutschland, genauso wie in den USA. Wir haben natürlich die Michniks und Geremeks, die 1968 dabei waren. Für diese hat es auch noch zwanzig Jahre gedauert, bis sie eine politisch wichtige und tragfähige Rolle spielen konnten. Das Gleiche gilt für viele der 68er in Deutschland oder für viele der 68er in den USA, die erst sehr viel später eine Verantwortungsrolle übernehmen konnten, die aber erst mal, vielleicht weil sie zu jung waren und nicht das Vertrauen ihrer Mitbürger genossen, keine Rolle gespielt haben.

Drittens auf die Frage nach Syrien: Die kurze Antwort ist, lesen Sie meinen heutigen Artikel in der New York Times, dann ist die Frage beantwortet. Aber, weil das nicht alle tun werden, hier eine Antwort: Ich glaube, wir sehen an Syrien, und das ist zum Teil auch eine Antwort auf Herrn Misztal, dass es nicht um eine Konfrontation von Tradition und Moderne geht. Wer verkörpert denn in Syrien die Tradition und wer die Moderne? Das Regime behauptet natürlich, es würde die Moderne repräsentieren, aber das ist zumindest nicht mein Begriff von Modernität. Jedenfalls nicht von politischer Modernität. Und in der Opposition gibt es auch sehr unterschiedliche Gruppierungen. Da gibt es welche, die ein traditionelles Weltbild haben, aber es gibt welche, die ein sehr modernes, zivilgesellschaftliches, weltbürgerliches Weltbild besitzen. Wir haben hier Konflikte um die Macht, nicht zwischen Tradition und Moderne. Wir müssen davon ausgehen, auch wenn uns das vielleicht nicht immer so gefällt, dass im Ergebnis der Revolution die arabischen Länder gleichzeitig demokratischer und konservativer sein werden. Das haben wir zum Teil aber in Ost- und Zentraleuropa auch erlebt. Das ist dann die Wahl der Menschen. Damit müssen wir umgehen, ob es uns gefällt oder nicht.

Russland und Iran sind beide interessierte Spieler in Syrien, wobei ich glaube, dass Iran kein Spieler mit sehr viel Einfluss ist. Dazu ist das Land selber zu sehr unter Druck. Russland dagegen ist ein Spieler, der sehr viel Einfluss hat. Nicht nur wegen seines Vetorechts im Sicherheitsrat, seiner Waffenlieferungen und seines Interesses am Hafen in Tartus, sondern vor allem deshalb, weil es Einfluss in Syrien hat. Wir können noch so häufig sagen, das syrische Regime, die Regimespitze sei marginalisiert und isoliert. Solange die Regimespitze das nicht von einem wichtigen internationalen Partner wie Russland hört, glaubt sie es nicht. Warum soll sie eigentlich glauben, sie sei isoliert, wenn sie weiterhin Besuch aus Russland bekommt und sie dort offene Türen findet? Wenn es auch Frachter gibt, die von Kaliningrad nach Syrien unterwegs sind? Wobei ich sehr froh bin, dass die EU hier das erste Mal offensichtlich ihr Waffenembargo ernst genommen hat. Das hatten wir ein paar Wochen früher nicht, als wir einen Frachter in Zypern zwar haben andocken lassen, aber dann nach Syrien weitergeschickt haben. Ich glaube gleichwohl, dass Russland eine konstruktive Rolle spielen kann und spielen muss, weil die russische Stimme in Damaskus gehört wird.

Ich gehöre zu denjenigen, die sagen, nicht jede Lösung für einen Bürgerkrieg ist eine schöne. Es kann sein, dass wir damit leben müssen, dass Herr Assad straffrei ausgeht und vielleicht sein Lebensende mit seiner Familie in Sotschi verbringt. Wenn dies den Bürgerkrieg und das Blutvergießen beendet, würde ich sagen, sollen die Russen das ruhig auf den Weg bringen.

Zum letzten Punkt – die Übertragung von Erfahrungen. Was die Verbesserung des Bildungssystems angeht, gilt das Gleiche, was ich zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation gesagt habe, in anderthalb Jahren hat sich da noch nicht sehr viel getan. Ich habe sehr wohl das Gefühl, dass die Parteien, die in Tunesien, in Ägypten oder in Marokko die Wahlen gewonnen haben, zumindest wissen, dass sie etwas in diesen Bereichen tun müssen. Das Angebot, das wir aus Europa machen sollen, und dazu haben wir bei der Stiftung Wissenschaft und Politik ein Projekt entwickelt, was vom Auswärtigen Amt aufgegriffen worden ist, ist eine »Partnerschaft für Arbeit, Ausbildung und Energie«. Ausbildung ist dabei sehr wichtig, wenn man diese mit Energie und Arbeit verbinden kann. Wir haben eben viele relativ gut ausgebildete Ingenieure aus Nordafrika, die dort keine Stelle haben. Wir haben bei uns einen Mangel an Ingenieuren. Es gibt viele Möglichkeiten zu sagen, warum kommen Personen nicht für vier, fünf, sechs Jahre hierher, bekommen hier Erfahrung, zahlen hier Steuern, lernen hier mehr Praxis und nicht nur das Buchwissen der Universität und gehen dann zurück in ihre Länder und stellen selbst junge Leute ein. Daran kann man arbeiten, daran wird auch gearbeitet und das ist ein wichtiger Schritt. Vielen Dank.

Bartłomiej A. Nowotarski: Ich antworte nur mit einem Satz. Es gibt nichts Besseres als den permanenten Kontakt zwischen Menschen, die in der Demokratie erfahren sind, und denen, die die Demokratie bauen. Ohne diesen ständigen soften Kontakt gibt es keinen Aufbau.

Ahmad Al-Sadi: Ich habe jetzt verstanden, dass die drei polnischen Partner immer gesagt haben, dass es sehr viel Zeit braucht. Und das, was ich bei uns in den arabischen Ländern merke, ist, dass die Leute ungeduldig sind und sehr viel erwarten. Wir sind abhängig von den Erfahrungen von Menschen, die eine Demokratie schon aufgebaut haben und jetzt sagen, was Solidarność in Polen und in anderen Ländern bewirkt hat. Was können sie anbieten? Fachleute haben wir in Tunesien, in Ägypten, in Syrien auch, aber was wir brauchen, ist die Vermittlung von Erfahrung. Und das, was Herr Perthes mit seinem Institut gemacht hat, dass man auch das handwerkliche Know-how vermittelt, weil wir zweierlei Ausbildungssysteme haben, das schulische und das universitäre, aber das Handwerk lehrt keiner richtig und das ist ein Manko im arabischen Raum. Da kann keine Industrie entstehen und es gibt keine Leute, die das Handwerk erklären. Und das ist eine Fehlentwicklung. Es wird fast als eine Schande angesehen, wenn einer nicht zur Universität geht, sondern Elektriker wird. Das muss sich ändern. Es kann uns nur

geholfen werden, wenn wir praktische Hilfe bekommen, dass man sagt, wir machen Ausbildung, Solarenergie, etc., und dass die Leute Arbeitsplätze bekommen und sich organisieren, auch in anderen Formen im Leben.

Es ist lange her, seit sich die arabischen Länder angeblich von der Kolonialmacht befreit haben, aber es hat sich nicht viel verändert. Wir haben nun Kolonialmächte bestehend aus unseren eigenen Leuten. Und deswegen brauchen wir diesen Erfahrungsaustausch, der ehrlich gemeint ist, nicht immer nur diese Negativerfahrung, dass alles, was aus dem Westen kam, mit tausend Fragezeichen versehen war. Man sollte jetzt ganz offen miteinander reden und nicht die Sicherheit und die Stabilität in den Vordergrund stellen. Die sind wichtig, aber andere Sachen sind genauso wichtig.

Bronisław Misztal: Ich möchte nur zwei Dinge sagen. Das eine als Antwort auf Prof. Perthes: Ich stimme völlig mit dem überein, was Sie bei Ihrem zusätzlichen Statement gesagt haben. Aber natürlich wünsche ich mir aus tiefstem Herzen, dass Sie sich komplett irren. Dass also der Vergleich zwischen den Ereignissen in Nordafrika und den Prozessen in Osteuropa 1968 unbegründet sei – ich glaube allerdings, dass Sie recht haben. Ich glaube, dass tatsächlich die Vorgänge von 1968 in Europa den Boden bereitet haben für das, was 1981 entstand. Vielleicht sehen wir jetzt erst das erste Element der Prozesse, die sich in Nordafrika vollziehen werden, so wie wir das in Osteuropa gesehen haben, und diese historische Wahrheit wird dann in 10, 20 oder 30 Jahren zum Tragen kommen. Und die Antwort auf die Frage von Basil Kerski ist in meinem Fall einfach. Was wir für diese Länder tun können? Bildungsprogramme und Demokratie für die Frauen.

Basil Kerski: Vielen herzlichen Dank an die Herren auf dem Podium. Auch Ihnen, unserem Publikum, danke ich für Ihre Geduld.



Panel II: Markus Meckel, Adam Balcer, Prof. Dr. Dieter Bingen, Prof. Dr. Ali-Ridha Chennoufi, Dr. Krzysztof Olendzki (v. l. n. r.)

Panel II

Dieter Bingen: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich zum zweiten Panel, das nahtlos anknüpft an die Themen, die im ersten Panel angesprochen worden sind: Erste Gedanken zur internationalen Einbettung des arabischen Umbruchs und zur internationalen Solidarität wurden schon formuliert, also auch die Frage: Können wir demokratische Prozesse im arabischen Raum unterstützen? Wir haben bereits in der ersten Runde darüber diskutiert, dass es die Faktoren der geographischen und kulturellen Nähe mit Blick auf Ostmitteleuropa gab, dass die Nähe wichtig gewesen ist für Empathie und schließlich auch für die Unterstützung der Demokratiebewegungen in Ostmitteleuropa. Wie sieht es aber heute bei der Umsetzung des Solidaritätsgebots gegenüber den demokratischen Bewegungen in Nordafrika aus?

Dabei gilt es mehrere Ebenen zu unterscheiden. Es gibt die Ebene staatlichen Handelns, z. B. der Europäischen Union, von einzelnen Staaten der Europäischen Union gegenüber den arabischen Staaten im Umbruch. Dann gibt es die Ebene zivilgesellschaftlichen Handelns. Mit welchen Instrumenten kann die Entwicklung, die von vielen Rückschritten begleitet sein wird, eine Unterstützung erfahren?

Dazu kommt der Komplex der Stabilität. In der Transformation Ostmitteleuropas spielte das Thema Stabilität eine wichtige Rolle. Bis in die 1980er Jahre wurde Stabilität sehr stark mit dem politischen Status quo verbunden, und bis vor wenigen Monaten war das auch in Nordafrika der Fall. Stabilität für Europa hieß auch Schutz vor unseren Nachbarn im Süden, nicht Gemeinsamkeit mit unseren südlichen Nachbarn. Schutz vor unberechenbaren Entwicklungen wurde mit den alten Regimen gesucht.

Als ersten bitte ich Adam Balcer um eine Einschätzung. Er ist der Leiter des Programms Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union im Warschauer Think Tank demosEUROPA, Zentrum für Europäische Studien, und Spezialist für den südeuropäischen Raum, Nordafrika, den Nahen Osten und die Türkei. Bitte schön, Herr Balcer.

Adam Balcer: Guten Tag, ich werde Polnisch sprechen. Professor Bingen hat mich gebeten, acht Minuten lang über die wichtigsten auswärtigen Akteure im arabischen Raum zu reden, das heißt, abgesehen von der Europäischen Union geht es um Russland, den Iran und die Türkei. Ich will versuchen, an einigen grundlegenden Punkten darzulegen, wie die Politik dieser Akteure gegenüber der arabischen Welt aussieht. Besonders werde ich mich mit der Türkei befassen, weiterhin mit Russland und dem Iran. Ich kann Russisch und Türkisch, aber leider kein Persisch.

Beginnen wir mit Russland. Das, was in der arabischen Welt geschieht, wird aus der Perspektive Russlands als eines Akteurs von globaler Bedeutung gesehen, als einer Macht, die sich international auf Augenhöhe mit China und den USA befinden will und das Gefühl hat, dass dieser Status unmöglich zu erreichen ist, dies aber nicht zugeben kann. Russland unter der Herrschaft von Präsident Putin, in seiner dritten Legislaturperiode, sieht die Revolution in der arabischen Welt negativ, als Bedrohung für eine auf den Regeln des Westfälischen Friedens basierende Weltordnung, und sieht auch den arabischen Frühling unter dem Aspekt der inneren Situation in Russland; natürlich haben sie dabei das Erwachen der russischen Gesellschaft im Auge, die Demonstrationen des Bürgertums in den russischen Städten. Putin ist deshalb negativ und misstrauisch eingestellt gegenüber äußeren Einmischungen in innere Angelegenheiten unter dem Vorwand einer Demokratisierung.

Die Unterstützung insbesondere der USA für die Demonstrationen in Russland und gleichzeitig für die Veränderungen in der arabischen Welt hat mit Sicherheit zu einer Verschlechterung der amerikanisch-russischen Beziehungen geführt. Wenn Sie Gelegenheit hatten, den letzten G20-Gipfel anzuschauen, dann konnte man die deutliche Abkühlung der Beziehungen sogar an der Körpersprache zwischen Präsident Barack Obama und Präsident Wladimir Putin beobachten. Für Russland ist Syrien von entscheidender Bedeutung. Präsident Putin ist überzeugt davon, dass das, was in Libyen geschehen ist, dass also Russland im Weltsicherheitsrat nicht sein Veto gegen die Libyen-Resolution eingelegt hat, was eine bewaffnete Intervention ermöglichte, ein großer Fehler gewesen ist. Im Falle Syriens ist Russland klar

gegen eine bewaffnete Intervention und auch gegen eine Unterstützung der Opposition, denn Syrien ist in diesem Moment tatsächlich die letzte Bastion russischer Einflüsse im Nahen Osten. Russland ist sich bewusst, dass seine internationale Position von der aktiven Rolle abhängt, die es gegenwärtig im Nahen Osten spielt. Wie Sie wissen, gehört Russland u. a. mit der Europäischen Union und den USA zu jenem Quartett, das sich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt befasst.

Auch die russisch-chinesischen Beziehungen sind zu berücksichtigen; China hat kein eindeutiges geopolitisches Interesse, die russische Position im Nahen Osten zu unterstützen, ist jedoch aus ideologischen Gründen, ähnlich wie Russland, gegen jegliche äußere Intervention, die Demokratisierungsprozesse unterstützen soll; dieser Standpunkt verbindet es also mit Russland. Wir haben es also mit einer fortschreitenden russisch-chinesischen Annäherung zu tun, und hier lohnt es sich, einen Moment nach Südostasien zu schauen, wo wir ein wachsendes Engagement der USA beobachten, den berühmten »Pivot«, also die Hinwendung des US-Engagements in Richtung Pazifik, die China durch eine Annäherung an Russland auszugleichen versucht.

Dazu kommt der Iran als wichtige Regionalmacht; er war natürlich sehr zufrieden über den Fall von Mubarak, Ben Ali oder Gaddafi, die als Vertreter weltlicher Regime oder als prowestlich angesehen wurden. In diesem Moment ist der Iran jedoch bei diesen Ländern, insbesondere bei Ägypten, an einem Szenario der Instabilität interessiert, ist dagegen, dass Ägypten als ein anderer wichtiger sunnitische Akteur im Nahen Osten wieder eine wichtige Rolle spielt; anfangs war der Iran sehr zufrieden mit dem Sturz Mubaraks; die Stärkung der Position der Moslembrüder wird jedoch langfristig als Bedrohung für den Iran gesehen, denn die Hamas etwa, auf die der Iran einen sehr großen Einfluss hatte, bewegt sich, wie wir bereits sehen, immer mehr in Richtung Saudi-Arabien und Moslembrüder in Ägypten, die dort die Hamas gegründet haben. Dieses Szenario ruft ebenfalls Unzufriedenheit im Iran hervor.

Die iranische Perspektive wird in hohem Maße von der Einteilung der Welt in die Beziehungen zwischen Sunniten und Schiiten bestimmt. Daher waren für Teheran die Ereignisse in Bahrain besonders wichtig, wo die Mehrheit der Bevölkerung aus Schiiten besteht, jedoch von einer sunnitischen Dynastie beherrscht wird; dort wurde die demokratische Bewegung auch von der schiitischen Agenda bestimmt, ein wichtiges Argument der Demonstranten war ihre Diskriminierung durch die sunnitischen Machthaber. Der Iran war sehr interessiert an einem Erfolg der Revolution in Bahrain, die von Saudi-Arabien niedergeschlagen wurde, und rechnete mit einem Dominoeffekt in den übrigen Ländern der Region, besonders im Persischen Golf, wo zahlreiche schiitische Minderheiten leben.

Und hier kommen wir zu einem weiteren Element, nämlich zur Rivalität zwischen dem Iran und besonders Saudi-Arabien, das die Rolle einer Schutzmacht der Sunniten spielt, sowie der Rivalität zwischen dem Iran und der Türkei, die ebenfalls als Schutzpatron der Sunniten angesehen wird. Wenn wir dies wiederum in einen grö-

ßeren, einen globalen Zusammenhang einbetten, müssen wir auf das Atomprogramm des Iran zu sprechen kommen, das für enorme Unruhe in der Region sorgt, in Saudi-Arabien, der Türkei, vor allem aber im Westen, bei der Europäischen Union und den USA. Dieses Spiel mit der schiitischen Karte, das der Iran im Kontext mit dem arabischen Frühling seit langem spielt, ist eng verbunden mit dem Problem der nuklearen Ansprüche des Irans. Und aus iranischer Perspektive ist Syrien der Ort, an dem sich die Interessen des Iran und Russlands treffen, weil das Assad-Regime vor allem von der alawitischen Minderheit gestützt wird. Dies ist eine Strömung des Islams, die den Schiiten sehr nahe steht, aus ihr stammen Assads Familie und die Elite des Landes. Somit würde ein Sturz Assads die Position des Iran in der Region sehr schwächen, besonders da er über Syrien auf den Libanon einwirken kann, wo die Schiiten mit etwa 35–40% der Bevölkerung eine stark wachsende Minderheit darstellen. Gegenwärtig wird die libanesische Regierung von der Hisbollah kontrolliert, die vom Iran unterstützt wird; ein Fall Syriens würde vor allem Saudi-Arabien und die Türkei stärken und wäre ein gravierender Schlag gegen die Position des Iran. Und hier stimme ich nicht mit Professor Perthes überein, der vom geringen Einfluss des Iran in Syrien sprach. Natürlich sollten wir Assad nicht als iranische Marionette ansehen. Unstrittig ist hingegen, dass seine Position in der Region in hohem Maße abhängig ist von der Unterstützung durch Russland und China auf internationaler Ebene sowie von der direkten Unterstützung des Iran. In Syrien agieren momentan iranische Spezialtruppen, die das Regime im Kampf gegen die Opposition unterstützen.

Nun also Saudi-Arabien. Es ist ein Paradox, dass das Land, das von den so genannten »Tunisamis«, also der Welle der arabischen Revolutionen, verschont wurde und eine absolute Monarchie ist, in hohem Maße vom arabischen Frühling profitiert, zusammen mit anderen Ländern in der Region des Persischen Golfes. Gegenwärtig sind Saudi-Arabien und Katar die wichtigsten Geldgeber für die bewaffnete Opposition in Syrien. Wir haben es zu tun mit Integrationsprozessen im Rahmen des Kooperationsrates der Golfstaaten, also der sunnitischen Monarchien, die den Iran und zugleich die Demokratisierung fürchten. Es gibt Unterschiede zwischen ihnen, aber auch gemeinsame Interessen und gewisse Ähnlichkeiten, die eine fortschreitende institutionelle Integration dieses Kooperationsrates begünstigen, der die erfolgreichste und effektivste Organisation der arabischen Welt ist. Wir haben es auch zu tun mit einem Rüstungswettbewerb im Bereich der konventionellen Waffen. Saudi-Arabien, aber auch die Vereinigten Arabischen Emirate rüsten auf und kaufen sehr viele Waffen, vor allem von den USA. Die Rüstungsausgaben Saudi-Arabiens sind enorm gewachsen. Wenn dieses Tempo anhält, wird Saudi-Arabien bald



einen größeren Verteidigungsetat haben als etwa Großbritannien oder Frankreich und bei den Rüstungsausgaben nach den USA, China und Russland den vierten Platz in der Welt belegen. Saudi-Arabien spielt eindeutig dasselbe Spiel wie der Iran, indem es als Schutzmacht der Sunniten auftritt und zugleich eine sehr negative Haltung gegenüber den Schiiten einnimmt.

Die Türkei versucht die Rolle eines Inspirators für den arabischen Frühling zu spielen. Im Laufe des letzten Jahrzehnts kam es zu weit reichenden Veränderungen in der Einstellung der Araber zur Türkei, die sich heute riesiger Sympathien in der arabischen Welt erfreut. Dies bestätigen auch Meinungsumfragen, die von türkischen, europäischen und amerikanischen Forschungsinstituten unter Arabern durchgeführt wurden. Man konnte das auch schon vor dem arabischen Frühling beobachten.

Einerseits wird die Türkei als Schutzmacht gesehen, die die sunnitische arabische Welt vor dem schiitischen Iran verteidigen kann, andererseits haben die Sympathien für sie verschiedene Ursachen. Eine davon ist sicher die harte Politik des türkischen Premier Erdogan gegenüber Israel – aus diesem Grund wurde er zum Helden der arabischen Straße. Ich glaube aber – und das zeigen auch Meinungsumfragen –, dass es auch strukturelle Gründe gibt. Diese haben vor allem damit zu tun, dass die Türkei von einer Partei mit islamischen Wurzeln regiert wird, die den türkischen Einfluss in den Nachbarländern durch *soft power* gestärkt hat, also durch Handel oder Bauprojekte (so bauen die Türken – nach den Chinesen – weltweit am meisten im Ausland), durch ausländische Investitionen, Aufhebung der Visapflicht, aber auch in politischer und ökonomischer Hinsicht. Die Türkei ist also, nach der Terminologie von Freedom House, ein teilweise freies Land; vor dem arabischen Frühling war sie in der Region, von Israel einmal abgesehen, das freieste Land, das zudem auf große wirtschaftliche Erfolge verweisen konnte.

Auch für weite nichtislamische Kreise, wie etwa für die Christen in Ägypten oder im Libanon, ist die Türkei als eine gewisse Inspirationsquelle attraktiv, etwa nach dem Motto: wenn schon von Islamisten beherrscht, dann am besten von solchen wie den gemäßigten Islamisten aus der Türkei. Die Gruppierung, die der AKP (der seit 2002 in der Türkei regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) am nächsten steht, dürfte wohl die Ennahda aus Tunesien sein.

Diese Sympathien für die Türkei sind für sie selbst eine Herausforderung, weil sie sich bemüht, die Veränderungen zu unterstützen. Unter anderem hat sie Berater geschickt, so genannte *spin doctors*, die in Tunesien und Ägypten bei den Wahlkämpfen islamischer Parteien geholfen haben; sie versucht, diese islamischen Parteien davon zu überzeugen, generell gemäßigter aufzutreten. Ein sehr gutes Beispiel für diese Vermittlung der Türkei war der Besuch Erdogans und seines Außenministers Ahmed Davutoglu im September vergangenen Jahres in Ägypten, Tunesien und Libyen. Bei diesem Besuch, etwa in Ägypten, sprach Erdogan, was bei einem Teil der Islamisten und Moslebrüder Unzufriedenheit hervorrief, von der Notwendigkeit, beim Aufbau zwischen Religion und Staat zu trennen, er redete

von Säkularisierung und traf sich auch mit dem koptischen Patriarchen, dem Führer der christlichen Kirche. Als gutes symbolisches Beispiel der Wirkung des »türkischen Zaubers« kann auch der Präsidentschaftswahlkampf in Ägypten gesehen werden, als der erste Präsidentschaftskandidat der Moslebrüder, der später aufgrund einer Gerichtsentscheidung nicht an den Start gehen durfte, einen Wahlkampfsong und Videoclip vorstellte. Das Lied handelte davon, dass er ein zweiter Erdogan sei und in Ägypten eine zweite Türkei schaffen werde. Die Türkei wird allerdings mit dem Problem ihres eigenen begrenzten Potenzials konfrontiert. Natürlich ist sie ein so genannter aufstrebender Staat, ein Staat also, dessen Stärke wächst, aber es geht hier doch die ganze Zeit nur um eine mittlere Stärke, die mit anderen Akteuren in Konkurrenz steht.

Die Türkei gerät manchmal, was wir in Tunesien, Marokko oder Libyen beobachten können, in Spannungen mit Frankreich, das die Türkei – besonders unter der Regierung des vorherigen Präsidenten Sarkozy – als Herausforderung für die französischen Einflüsse in der Region ansieht. Hinzu kommt das Problem, wie die Araber auf die türkischen Ambitionen reagieren und auf die Möglichkeit, bestimmte Elemente der türkischen Erfahrung und des türkischen Erfolgs auf diese Länder zu übertragen, denn der wichtigste Staat in der Region ist für die Türkei – neben Saudi-Arabien – Ägypten. Das Problem mit einer Nachahmung des evolutionären Modells, das die AKP vertritt, liegt darin, dass sich die ägyptische Gesellschaft stark von der türkischen unterscheidet, wie auch Meinungsumfragen belegen. Über 80% der befragten Ägypter bejahten die Frage, ob es die Todesstrafe für Apostasie geben sollte, also den Abfall vom islamischen Glauben, sowie die Steinigung von Frauen, die Ehebruch begangen haben. In Tunesien oder auch unter den sunnitischen Arabern im Libanon unterstützten nur ein paar Prozent solche Vorstellungen, das Gleiche gilt für die Türkei. Dies stellt eine gewisse Herausforderung dar.

Ein zweites Problem besteht darin, dass die Türkei vor dem arabischen Frühling attraktiv war, weil sie, relativ gesehen, das demokratischste Land in der Region war. Gegenwärtig könnte sich jedoch zeigen, dass etwa Tunesien diesbezüglich kleinere innenpolitische Probleme hat, zum Beispiel kein Kurdenproblem – die Achillesverse der Türkei –, dass also Tunesien demnächst demokratischer sein könnte als die Türkei. Daher ist die Fortführung des Demokratisierungsprozesses in der Türkei auch wichtig, um ihre Attraktivität für die Araber aufrechterhalten zu können. Vor dem arabischen Frühling hatte die Türkei die schiitisch-sunnitische Trennung erfolgreich umschiffen. Sie wurde nicht so eindeutig zugeordnet wie der Iran oder Saudi-Arabien, als Schutzmacht der Schiiten oder der Sunniten. Heutzutage drängen sowohl der Iran als auch Assads Syrien die Türkei in die Rolle eines Schutzpatrons für die Sunniten. Leider haben die Wurzeln der AKP, die sich in der Türkei auf eine konservative sunnitische Wählerschaft stützt, zur Folge, dass sich die Türkei selbst in diese Schublade eines Schutzpatrons der Sunniten hineindrängen lässt.

Meiner Meinung nach liegt die Chance der Türkei beispielsweise in etwas, was Premier Erdogan im März 2011 getan hat, also nach Beginn des arabischen Frühlings,

als er den Irak besuchte: Er war der erste sunnitische Führer, der am Grab von Ali betete, dem Schutzpatron der Schiiten in Nadschaf, er traf sich mit dem Oberhaupt der Schiiten, dem religiösen Führer Al Sistani, und er hielt später eine Rede, die im irakischen Parlament von stehenden Ovationen begleitet wurde. Das ist der Weg, den die Türkei gehen sollte, und nicht das, was der Premier Erdogan jetzt tut, indem er gegenüber Assad zuweilen eine scharfe Sprache mit religiösen Konnotationen benutzt. – Ich danke Ihnen, auch in dem Wissen, dass ich zu lange geredet habe.

Dieter Bingen: Danke sehr, Herr Balcer. Sie haben uns eine Vorstellung davon vermittelt, wie in der arabischen Welt des Umbruchs die strategischen Interessen aufeinander prallen und wie schwierig es ist, einen Konsens darüber zu finden, wie wir uns gegenüber den neuen Akteuren positionieren sollten.

Herr Professor Chennoufi, welche Erwartungen hat z.B. die tunesische Gesellschaft auf dem Weg zu einer pluralistischen Demokratie? Ist Europa ein gebetener Partner, oder drängt sich Europa auf, wenn es meint, es könne den Demokraten in Tunesien oder anderswo helfen? Herr Professor Ali-Ridha Chennoufi ist Professor für politische Philosophie an der Universität Tunis, befasst sich seit 30 Jahren mit der deutschen Philosophie. Diese Leidenschaft sagt auch schon etwas über Nachbarschaft und Verflechtung zwischen Europa und Nordafrika aus. Bitte schön, Professor Chennoufi.

Ali-Ridha Chennoufi: Vielen Dank an Herrn Bingen und Herrn Kerski für diese Einladung. Da ich nur sieben Minuten habe, werde ich schnell auf diese Fragen antworten. Also die erste Frage: Was sind meine Erwartungen an die Europäer bei der Unterstützung der arabischen Umbrüche in Richtung Demokratie? Lassen Sie mich zuerst etwas sagen. Ich möchte zuerst darauf hinweisen, dass die Tunesier die Entscheidung Deutschlands, auf die Rückzahlung unserer Schulden in Höhe von 60 Millionen Euro zu verzichten, sehr geschätzt haben. Das war in einem Moment von Unruhen, und in solchen Momenten ist es immer gut zu wissen, dass man auf Freunde zählen kann.

Was jetzt meine Erwartungen angeht, so möchte ich folgende nennen. Die erste Erwartung betrifft die Sicherheit unserer Grenzen. Tunesien ist ein kleines Land, das u. a. vom Tourismus lebt, und im Moment ist die Sicherheitslage in dieser Region, nicht nur in Tunesien, schwierig. Wir haben Angst vor Terroristen, die aus Libyen oder aus Algerien kommen können, und ich bin sicher, dass die Europäer hier etwas helfen können, vor allem in Hinblick auf die Sicherheitsfrage in Libyen. Aber das bedeutet nicht, dass jetzt die Lage in Tunesien ganz schlimm wäre, das ist nicht wahr. Es gibt natürlich manchmal Probleme, aber die Tunesier sind bekannt für ihr Konsensstreben und dieser Konsens ist vielleicht wie ein Fußballspiel bei uns, er kann uns wirklich helfen, und ich glaube, dass man nicht sehr skeptisch sein muss, was den Erfolg der Transformation in Tunesien angeht, die wir uns vorstellen und demokratisch wollen.

Die zweite Erwartung: Meiner Meinung nach sollten die Europäer nicht mehr wie früher nur mit den Staats- und Regierungschefs sprechen, weil jeder Besuch in unseren Ländern von der Behördenpropaganda als ein Beweis für eine Unterstützung der Person des Staatschefs präsentiert wird. Leider glauben viele Bürger daran. Man muss aufhören, so etwas zu tun. Ich hoffe, dass die Besuche von politisch Verantwortlichen von hohem Rang sehr medialisiert werden. Pressekonferenzen, Reden im Parlament, Vorträge an der Universität, warum nicht? Die Leute müssen wissen, was die Politiker zueinander sagen, was sie meinen. Die Bürger wollen wissen, ob es unterschiedliche Meinungen gibt oder nicht. Wenn man dies tut, dann werden die Bürger sich selbst eine Meinung bilden und können so nicht einfach durch die Propaganda instrumentalisiert werden. So kann auch die Rolle der Presse nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die dritte Erwartung und vielleicht die Wichtigste für mich: Die Europäer sollen ganz klar den neuen Behörden mitteilen, dass Demokratie dort herrscht, wo die Presse frei ist. Wie von »Reporter ohne Grenzen« bemerkt wurde, akzeptieren die neuen Behörden in Tunesien die unabhängige Presse leider nur unter Bedingungen. Die Lage in anderen Ländern wie in Libyen und Ägypten ist noch viel schlimmer. Wir müssen keine Angst vor den Salafisten haben, wenn es freie Wahlen gibt in Tunesien und die Salafisten Erfolg haben und an die Macht kommen. Das ist kein Problem. Aber sie dürfen die Presse nicht instrumentalisieren! Nur wir wissen alle, dass die Salafisten das nicht machen werden.



Ali-Ridha Chennoufi

Die vierte Erwartung: Die Europäer sollen den arabischen Bürgern zeigen, dass sie sehr solidarisch mit den Völkern sind, die in den demokratischen Club eintreten wollen und nur deshalb ein großes Gewicht auf die wirtschaftliche Entwicklung legen und gleichzeitig die Achtung der Menschenrechte nicht aus den Augen verlieren, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 niedergelegt sind. Diese Menschenrechte sind nicht, wie der ehemalige französische Präsident Jacques Chirac gesagt hat, nur, ich zitiere, »das Recht zu essen, Gesundheitsversorgung und Bildung« zu haben. Es ist z. B. unakzeptabel, dass das Recht auf Gewissensfreiheit in der neuen Verfassung Marokkos oder in der neuen Erklärung Libyens nicht steht. Diese Erwartungen hängen also mit den individuellen Freiheiten in Tunesien zusammen, und ich glaube, nicht nur in Tunesien. Und ich muss ganz klar sagen, ich bin unabhängig von Parteien und ich kann den Anführern aller Parteien nur raten, dass die Freiheiten sehr wichtig genommen werden. Die These der Ben-Ali und Bourguiba, dass man zuerst wirtschaftlichen Fortschritt haben muss und

nachher erst kommen die Freiheiten, ist falsch, denn ich warte bis jetzt auf diese Freiheiten. Und ich kann hoffen, dass sie da sind, die Freiheiten, aber nicht nur für ein paar Wochen oder ein paar Monate. Und das ist ganz einfach, das kann man schaffen, das ist möglich. Die Tunesier können das machen. Sie haben eine Kultur und sie haben eine Geschichte, die ihnen ermöglicht, Freiheiten zu genießen.

Die fünfte Erwartung: Wenn die Europäer den Bürgern in arabischen Ländern näher kommen wollen, sollen sie direkt oder durch finanzielle Unterstützungen in den armen Regionen investieren (z. B. in das Verkehrsnetz, den Aufbau von Krankenhäusern usw.). Die wirtschaftliche Unterstützung ist sehr wichtig. Europa hat nach dem Zweiten Weltkrieg nur dank des Marshall-Plans die Demokratie aufgebaut. Wenn man bei uns mit der Arbeitslosigkeit nicht fertig wird und keinen Arbeitsplatz findet, ob man jetzt Ennahda-Anhänger ist oder Kommunist, dann ist das schlimm. Das sind Probleme, die nur mit Unterstützung von außen bewältigt werden können. Ich denke auch, dass diese Rhetorik von »Hilfe« abgelegt werden muss – das mögen, glaube ich, die Leute nicht. Hilfe – nein, wir können aber von Zusammenarbeit sprechen in Verbindung mit Freiheiten. Und ich bin auch sicher, dass die Europäer keine Angst haben müssen, das von den neuen Machthabern in Tunesien, in Ägypten oder in Libyen einzufordern. Sie müssen das ganz klar sagen: »Ja« für die Unterstützung, aber wir wissen, dass dieses Geld, das wir geben, nur ein gutes Ergebnis bringt, wenn auch Freiheiten garantiert sind. Das sind meine Erwartungen, vielleicht Träume. Aber ich habe absichtlich den Akzent auf zwei Ebenen von Unterstützung gelegt: die staatliche und die zivilgesellschaftliche.

Die zweite Serie von Erwartungen geht in die Richtung, welche Erwartungen die unterschiedlichen demokratischen Kräfte in den arabischen Ländern an die Europäer haben. Hier darf ich einen Vorschlag machen: Man sollte in jedem Land eine Struktur herstellen, die als Ideenlabor dient und nur durch bekannte Persönlichkeiten gebildet wird, eine Art Kulturrat, der die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren in Bereichen wie Kunst, Kultur, Wissenschaft, warum nicht auch Religion, fördert. Ich habe auch diesen Vorschlag gemacht, als ich an einem Forum Anfang März teilgenommen habe. Dieses Forum wurde vom IfA und dem Auswärtigen Amt organisiert. Das war ganz toll, sehr schön, wir haben viel diskutiert, viele Vorschläge gemacht, aber nachher habe ich nie etwas bekommen. Ich hoffe, dass ich eines Tages etwas von den Ergebnissen von diesem ganz tollen Forum höre. Außerdem sollen die Organisationen Unterstützung verdienen, die sich für Pressefreiheit, Unabhängigkeit der Justiz, Transparenz der Verwaltung, Emanzipation der Frauen etc. einsetzen, und auch für die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften. Die Idee ist hier, dass man ein demokratischer Staat ist. Aber am besten denken wir negativ. Wir müssen die Kräfte unterstützen, die gegen Despotismus sind, und die Unabhängigkeit der Justiz wahren. Wenn die Pressefreiheit unterstützt wird, dann kann man fast sicher sein, dass es kein Zurück zu einem neuen Despotismus gibt. Und deshalb finde ich es viel besser, in diese Richtung zu denken.

Was jetzt die letzte Frage angeht: Können wir von der Transformation in Ostmitteleuropa, z. B. von Polen lernen? Ja, von Polen, natürlich, was Solidarność gemacht hat, hat einen Einfluss auch auf uns in Tunesien. Das war das erste Mal, dass man verstanden hat, dass, wenn die Bürger etwas wollen, alles möglich ist. Vielleicht kann die Transformation in Polen in zwei Punkten behilflich sein. Die erste Frage: Sollen sich Gewerkschaften an den Wahlen beteiligen, d. h. wie eine Partei zu einem politischen Akteur werden oder nur ihre Eigenart als Gewerkschaft beibehalten? Jetzt ist das wichtig in Tunesien. Warum? Weil wir eine sehr starke Partei, die Ennahda haben, die an der Macht ist. Und es gibt keine wichtige Opposition, denn die Demokraten können nicht miteinander zusammenarbeiten. Jeder will ein großer Leader sein, nur weil er sich »Demokrat« nennt. Das ist wie eine Art Krankheit. Die zweite Frage: Sollen die Parteien, die an der Macht sind, andere Leute aus den Parteien von Bourguiba und Ben-Ali aus dem politischen Leben ausschließen? Eine Art Denazifizierung oder Dekommunisierung durchführen? Ist das nicht gefährlich? Das ist auch eine aktuelle Frage. Ich glaube, das kann auch gefährlich sein. Aber das sind wirklich Fragen. Ich habe jetzt im Moment keine Antwort, aber ich glaube, dass dies in der Zukunft sehr wichtig für Tunesien sein wird. Vielen Dank für diese sieben Minuten!

Dieter Bingen: Professor Chennoufi, die Frage kann ich direkt weitergeben an Markus Meckel. Herrn Meckel brauche ich eigentlich nicht mehr vorzustellen als den ersten und letzten Außenminister der demokratischen DDR und vor allem als einen Hauptprotagonisten der Demokratiebewegung in der DDR. Die Frage an Markus Meckel: Was können wir von Deutschland aus weitergeben als Erfahrung? Der Umgang mit den alten Eliten ist auch ein deutsches Thema. Sind wir in Deutschland in der Lage und willens, die Demokratiebewegungen im arabischen Raum zu unterstützen, unser Wissen weiterzugeben, ohne etwas aufdrängen zu wollen? Geht es nicht auch um Austauschprozesse zwischen Europa und dem arabischen Raum?

Markus Meckel: Mich haben die bisherigen Beiträge sehr angeregt und ich fand sie sehr interessant. Vielen Dank. Bei aller Unterschiedlichkeit der friedlichen Revolutionen im Mittelosteuropa vor mehr als zwanzig Jahren und dem, was wir im letzten Jahr in der arabischen Welt erlebt haben – es sind ja völlig verschiedene historische Situationen –, sehe ich doch einige Ähnlichkeiten, einige davon betreffen uns selbst. Dazu kommen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, um diese Aufbrüche im Norden Afrikas zu unterstützen.

1) Das erste betrifft den Westen – er hat diese Ereignisse nicht vorhergesehen und war überhaupt nicht darauf vorbereitet. Beim arabischen Frühling kann man in einem gewissen Sinne sogar vom Scheitern der eigenen Politik sprechen. Wir als EU hatten eine Europäische Nachbarschaftspolitik nach Süden und Osten entwickelt. Wir müssen uns nun – zumindest was den Süden betrifft – fragen, ob wir nicht doch einen anderen Ansatz brauchen. Die demokratischen Aufbrüche in Nordafrika kamen ja nun gewiss nicht durch unsere Politik und Hilfe zustande –

eher kann man sagen, dass es trotz unserer Kooperation mit den autoritären Regimen geschehen ist. Wir müssen uns also fragen, was wir künftig anders machen sollten und inwiefern unsere Politikansätze weiter angemessen sind.

2) Eine andere Ähnlichkeit von damals und dem arabischen Frühling ist, dass dieser Aufbruch von einem Land auf das nächste übergriff. Eine ganze Region ist im Umbruch. Gleichzeitig sollten wir vorsichtig sein, pauschal von der ganzen Region zu reden, denn die Situation ist in den einzelnen Ländern doch sehr unterschiedlich und spezifisch. Gewiss gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten. Aber gerade wenn es darum geht, jeweils konkret zu helfen und die Umbrüche in eine demokratische Richtung hin zu unterstützen, müssen wir sehr genau auf die jeweilige Lage schauen. Betrachten wir Ägypten oder Tunesien oder schauen weiter nach Katar, Libyen und Syrien, so erkennen wir doch große Unterschiede, auf die wir je angemessen reagieren müssen. Insofern müssen wir darauf achten, dass eine europäische Politik gegenüber diesen Staaten nicht zu schematisch sein darf – wozu wir leider immer wieder neigen. Ich halte also Differenzierung für einen ganz wichtigen Punkt.



Markus Meckel

3) Sehr enttäuschend war für mich im letzten Jahr die Reaktion in der EU. Einerseits hat man doch schnell erkannt, dass eine große Herausforderung auf uns zukommt, und begann dafür erste Maßnahmen und Hilfskonzepte zu entwickeln. Auf der anderen Seite haben wir sofort die Schotten dicht gemacht, als junge Leute aus Nordafrika in die EU fliehen wollten. Statt ihnen in einer konzertierten Aktion gemeinsam zu helfen, haben wir sie nur abgewehrt! Es ging erst einmal nur um ca. 30 000 Flüchtlinge. Wir haben die südlichen EU-Staaten mit diesem Problem alleingelassen – und diese haben hysterisch reagiert. Dabei waren die Zahlen nicht so überwältigend. Während der Bal-

kan-Kriege in den 90er Jahren hatten wir allein in Deutschland ca. dreihunderttausend Flüchtlinge. Aber als jetzt dreißigtausend über das Mittelmeer nach Europa kommen wollten, haben wir dicht gemacht und viele sind ertrunken. Das ging sogar so weit, dass eine wichtige Dimension der europäischen Integration, das Schengener Vertragswerk, und die durch sie ermöglichte Freizügigkeit und die Abschaffung von Grenzkontrollen, wieder in Frage gestellt wurde. Ich fand das beschämend!

4) Unser Engagement als EU ist gefragt, es ist von großer Bedeutung! Aber wir sollten uns doch bewusst bleiben, dass wir die Entwicklung in diesen Ländern von außen relativ wenig beeinflussen können. Es ist eben nicht so, dass wir nur die richtige Politik machen müssen, und schon gibt es dort einen fortschreitenden demokratischen Prozess.

5) Wenn wir heute nach Tunesien oder Ägypten schauen, stellen wir fest, dass die gegenwärtigen wichtigen politischen Akteure ganz andere sind als die, die auf dem Tahrir-Platz, auf den Straßen und Plätzen, die ersten Träger des Aufstandes waren, nämlich die jungen, oft gut ausgebildeten Leute, die für sich keine Chance mehr sahen. Diese sind heute zwar nicht mehr an der vorderen Linie, aber wir dürfen sie nicht wieder aus dem Blick verlieren. Denn sie waren ein für diese Länder wichtiger Durchbruch von Zivilgesellschaft. Sie brauchen auch in Zukunft unsere Unterstützung. Es wird für die künftigen Machtstrukturen wichtig sein, dass sie sich bewusst bleiben, dass diese Menschen weiterhin mobilisierbar sind, wenn ihre Perspektiven sich nicht verbessern. Der Militärrat in Ägypten hat das in den letzten Monaten schon spüren müssen. Wir müssen aber auch unsere eigene, die europäische Außenpolitik verbessern. Das heißt, wir müssen uns stärker als bisher bewusst machen, dass wir mit den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren kooperieren müssen, mit Präsidenten und Regierungen natürlich, mit der Wirtschaft, aber eben auch mit der entstehenden Zivilgesellschaft. Gerade in diesem Feld aber sind wir bisher schlecht. Hier müssen wir den Blick und auch unsere Instrumente schärfen.

Es gibt den Vorschlag des polnischen Außenministers Sikorski vom letzten Jahr, eine *European Endowment for Democracy* zu schaffen. Noch ist sie nicht Realität. Doch es bleibt zu hoffen, dass es doch in diesem Jahr dazu kommt. Noch gibt es eine Reihe von Problemen und man weiß auch nicht, wie hoch die Mittel dann dafür sein werden.

6) Auch wenn unsere Möglichkeiten begrenzt bleiben, scheint es mir eine besondere Aufgabe zu sein, etwas für die 20- bis 35-Jährigen zu tun. Sie drohen zu einer verlorenen Generation in diesen Ländern zu werden – und damit auch zu einem gefährlichen Faktor der Instabilität. Sie brauchen Ausbildung und Entfaltungsmöglichkeiten. Für sie Perspektiven zu schaffen, kann nicht von außen geschehen, es geht nur in Kooperation mit den künftigen Regimen dieser Länder. Aber hier sollte ein deutlicher Akzent europäischer Aufmerksamkeit gesetzt werden. Das Gleiche gilt natürlich für die Chancen von Frauen. Sie waren auch in diesen gesellschaftlichen Aufbrüchen sehr aktiv. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass ihre Entfaltungsmöglichkeiten auch in künftigen Regimen wieder deutlich eingeschränkt werden.

7) Ein anderer wichtiger Kooperationsbereich scheinen mir die Fragen des Militärs und der Sicherheit zu sein. In der Vergangenheit haben wir diese Länder in ihren autoritären Strukturen unterstützt. Wenn man sich Ägypten ansieht, das von den USA bis heute jährlich ca. 1,3 Milliarden Dollar für das Militär bekommt und auch über die vergangenen Jahre bekommen hat, dann stehen dem gegenüber nur ein paar -zig Millionen \$ zur Unterstützung demokratischer Institutionen, vermittelt durch NDI [National Democratic Institute, Washington, DC – d. Red.] und andere. Während die Mittel für das Militär weiter fließen, haben die Ägypter das NDI-Büro geschlossen. Das scheint zu bedeuten: Ägypten kann sich der Unterstützung im Sicherheitsbereich ohne Auflagen sicher sein. Auf der anderen Seite gibt es freund-

liche Reden und auch gleichzeitig die Akzeptanz, dass im zivilgesellschaftlichen Bereich (weil dieser dem Militärrat vielleicht nicht gefällt) der Mittelfluss stockt. In diesem Fall sind es die Amerikaner, die ich jetzt anspreche, weil das Beispiel so eklatant ist. Aber ähnliche Fragen müssen wir uns auch selbst stellen. Es ist eine Frage an die Europäische Union oder auch an die NATO. Wie stellen wir uns die Kooperation mit diesen Ländern vor? Bei den östlichen Nachbarn hat man intensiv im Rahmen der »Partnerschaft für den Frieden« Kooperationsstrukturen aufgebaut, Fragen der zivilen Führung über das Militär erörtert und ähnliches. In diesem Feld scheint es mir besonders wichtig, unsere Kooperation mit den Ländern Nordafrikas zu verstärken. Hier geht es um Transparenz, zivile politische Führung des Militärs etc. Dass das in Ägypten noch lange Zukunftsmusik ist, ist klar, aber damit es nicht ewig dauert, muss man zumindest heute damit anfangen. Wir sehen auch, wie schwierig das ist in der Türkei, aber immerhin, in den letzten 10 Jahren ist hier in der Türkei viel geschehen.

8) Ein weiterer Bereich, der sich wiederum nicht zuletzt auch an uns selbst richtet, ist der Islam und seine Einschätzung, seine Rolle in der Gesellschaft. Glücklicherweise sind die Zeiten vorbei, als im Westen der Begriff »Islam« als Adjektiv zum Terrorismus gebraucht wurde, als dritter Begriff kam dann noch der des Fundamentalismus dazu. Ein wenig scheinen wir gelernt zu haben. Doch genug? Wichtig war die Rede von Präsident Obama in Kairo zu Beginn seiner Präsidentschaft. Die Frage ist nur, was ist weiter daraus erfolgt an wirklichen Dialogstrukturen. Es ist ja nicht nur für die islamische Welt eine wesentliche und oft offene Frage, welche Bedeutung die Religion in einer zukünftigen Gesellschaft hat. Wir haben in Europa eher ein breites Spektrum an Modellen für das Verhältnis von Religion, Staat und Gesellschaft in den jeweiligen Ländern. Hier müssen wir einen offenen Dialog führen. Ich habe aber gleichzeitig den Eindruck, dass wir Europäer auf diesen Dialog nicht angemessen vorbereitet sind. Unsere eigenen Positionen sind oft diffus und wenig durchdacht, sie sind mehr von der Tradition geprägt als von einer konzeptionsfähigen Gestaltung. Wir müssen uns nur die europäische Geschichte anschauen, es hat auch bei uns lange gedauert und viele Konflikte und Kriege gebraucht, bis wir zu aufgeklärten Regelungen kamen mit einem zivilen Staat, einer unabhängigen Justiz. Auf der anderen Seite haben in Europa die Kirchen und Religionen einen Ort in der Öffentlichkeit.

In diesen Fragen einen Dialog zwischen den Gesellschaften Europas und der islamischen Welt zu führen, erscheint mir sehr wichtig. Ich bin Theologin und weiß, dass die historische, kritische Auseinandersetzung mit der Bibel auch in Europa mit manchen Konflikten verbunden war. Und wenn man von Fundamentalismus spricht, denke ich – ehrlich gesagt – zuallererst an Christen. Unsere Geschichte ist voll davon. Wir müssen das offen ansprechen im Dialog mit der islamischen Welt – das macht uns dann glaubwürdiger.

Hier in Berlin gibt es das Projekt »Corpus Coranicum«, in dem eine historisch-kritische Ausgabe des Korans erarbeitet wird. Ich glaube, das ist eine wesentliche Hilfe,

das wird in den nächsten fünfzig bis hundert Jahren die islamische Welt umkrempeln, vergleichbar mit dem, was im 18. und 19. Jahrhundert mit der Bibelauslegung passiert ist. Auch Christen haben manchmal lange gebraucht zu erkennen, dass ein Text nicht weniger Gottes Wort ist, nur weil wir ihn in seinem historischen Kontext interpretieren. Auch heute interpretiert jeder Gelehrte des Islam den Koran auf eigene Weise. Aber dieses reflektiert zu tun, und zwar auf einer modernen historisch-kritischen Grundlage, ist etwas Wichtiges, was Europa zu dem Diskurs in der islamischen Welt beitragen kann. Wir müssen das nur offensiver tun.

Ich habe meine Zeit schon überschritten und will deshalb zum Schluss nur noch einige Stichworte nennen. Ein zentraler Punkt ist die Migrationsfrage. Hier stehen wir vor immensen Herausforderungen. Ein erster wichtiger Schritt wäre, die entwürdigenden Prozedere abzuschaffen, die vollzogen werden für Menschen (nicht nur) aus Nordafrika, wenn sie in die EU zu Besuchszwecken kommen wollen. Ich glaube, wir können als Europa so nicht weitermachen. Wir handeln hier aus Angst – und die ist kein guter Ratgeber. Hier brauchen wir Konzeptionen, die sowohl unsere eigenen Möglichkeiten im Blick haben wie auch die Herausforderungen in den Gesellschaften in unserer Nachbarschaft, deren Entwicklung wir ja wollen!

Allerletzter Punkt: Wenn es um Handel und Wirtschaft geht, ist Wichtiges gesagt, wir sollten zuallererst unsere Märkte öffnen. Es ist doch ein Skandal, was hier geschieht (übrigens gab es diesen Skandal ähnlich schon in 1989). Wir erwarten Einübung in marktwirtschaftliche Strukturen – und machen deren wichtigstes Kriterium, den Markt, kaputt. Deshalb ist es eine wichtige und notwendige Forderung, den europäischen Markt für landwirtschaftliche Produkte aus Nordafrika zu öffnen! Das allein hätte Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung, die wir mit allen Hilfgeldern sonst so nicht schaffen könnten. Vielen Dank!

Dieter Bingen: Markus Meckel sprach von dem Dialog der Kulturen, Herr Botschafter Olendzki war mehrere Jahre Botschafter in Tunis, hat an Ort und Stelle den Umbruch miterlebt und dreißig Jahre zuvor den beginnenden Umbruch in seinem Land, in Polen. Was können Sie aus Ihren Erfahrungen in den letzten Jahren berichten? Wie gefragt ist das europäische Modell? Wo gibt es die Anknüpfungspunkte für faire Partnerschaft bei der Unterstützung des Aufbaus einer demokratischen Gesellschaft? Was erwarten die Tunesier von den Polen oder von den Europäern?

Krzysztof Olendzki: Ich danke Ihnen, Herr Professor Bingen. Ich möchte auch Ihnen, Herr Minister, für viele wertvolle Anmerkungen danken, vor allem dafür, dass Sie die Tatsache so sehr betont haben, dass jedes Land über eine andere und völlig einzigartige Erfahrung verfügt. Es gibt jedoch auch Ähnlichkeiten, so dass von einer in einem bestimmten Land gewonnenen Erfahrung auch andere profitieren können. Ich danke auch für Ihre Worte am Ende. Um jedoch auf die Bibel zurückzukommen, ich befürchte, dass dies die Stimme eines Predigers in der Wüste ist, insbesondere in der aktuellen ökonomischen Situation, in der sich Europa befindet.

Leider schottet sich Europa immer mehr ab, und die geopolitische Situation an seiner Südflanke verändert sich dramatisch. Die wachsende Krise in den südlichen Ländern der EU, in Spanien, Italien, Griechenland und Frankreich, hat zur Folge, dass die gesamte Mittelmeerpolitik des vereinigten Europas, einschließlich des Barcelona-Prozesses, die Mittelmeerunion, immer weniger wichtig wird, dass sie vorbei ist, keine Handlungsmöglichkeiten im Sinne der ursprünglichen Ziele mehr besitzt. So entsteht eine Situation, in der die Länder Nordeuropas gezwungen sein werden, größere Verantwortung zu übernehmen, um politische und geoökonomische Lösungen zu finden für die südlichen Nachbarn Europas. Wir sind uns wohl alle einig, dass man neue, effektivere Lösungen für die Zusammenarbeit mit den Ländern und Gesellschaften jenseits der Südgrenze der EU finden muss.

Nun möchte ich auf Tunesien zu sprechen kommen. In diesem Land habe ich als Botschafter der Republik Polen die letzten dreieinhalb Jahre verbracht. Schon in der ersten Woche meines Aufenthaltes in Tunis lernte ich einige Botschafterkollegen kennen. Besonders interessante Gespräche führte ich mit meinen neuen Kollegen aus Kanada und Belgien. Alle drei hatten wir den Eindruck, dass wir in ein Land gekommen sind, in dem die Atmosphäre so drückend ist, dass wir, wenn es gut ginge, in unserer Amtszeit Zeugen großer Veränderungen in diesem Land sein würden. Mir ist es gelungen, diese Veränderungen mitzuerleben. Mein belgischer Kollege wurde leider von der tunesischen Regierung, auf Wunsch von Präsident Ben Ali, gezwungen, Tunis zu verlassen, zehn Tage vor Ausbruch der Unruhen und der Flucht von Ben Ali aus Tunesien. Unser kanadischer Kollege musste Tunis schon über ein Jahr früher verlassen, als Ben Alis Beamte verlangten, dass er durch einen anderen Diplomaten ersetzt würde. Mir gelang es, bis zum Ende durchzuhalten, obwohl verschiedene tunesische »Intellektuelle« und ehemalige Diplomaten mir einige Male den freundschaftlichen Rat gaben, auf Treffen und Gespräche mit Personen zu verzichten, die vom Regime nicht toleriert würden oder sich in offener Opposition zu Ben Ali und der Regierungspartei befänden.

Die politische und gesellschaftliche Atmosphäre im vorrevolutionären Tunesien erinnerte sehr an die Atmosphäre, die im kommunistischen Polen in den letzten Jahren der Regierung von General Jaruzelski herrschte. Für mich und meine Frau war das ein richtiges Déjà-vu! Die wachsende Paranoia eines Regimes, das seinen inneren Rückhalt verlor, von seinen ausländischen Partnern verachtet wurde, die allmählich genug hatten von Korruption und dem fehlenden Willen zur Zusammenarbeit sowie der Arroganz der Staatsfunktionäre, selbst bei der Umsetzung vorher vereinbarter Kooperationsprogramme. Die Korruption, das Misstrauen, die Heuchelei und Brutalität der Staatsmacht wurden immer deutlicher sichtbar. Trotzdem besaß Tunesien das intellektuelle, politische und finanzielle Potenzial, um seine Wirtschaft nach marktwirtschaftlichen Prinzipien zu entwickeln und Maßnahmen nach den Grundsätzen guten Regierens zu ergreifen.

Das Regime lähmte jedoch alles, was in Widerspruch zum persönlichen Interesse der Präsidentenfamilie und der ihr verbundenen Leute stand. Zu betonen ist

jedoch, dass die um die herrschende Partei versammelten Machteliten trotz der weitreichenden Demoralisierung, die sich in einer extremen Vetternwirtschaft und Korruption äußerte, das Ziel nicht vollständig aus den Augen verloren, das seit Entstehung eines unabhängigen Tunesiens nach dem Zweiten Weltkrieg die Modernisierung von Land und Gesellschaft war, vorangetrieben durch den jedoch immer schwächer sichtbaren republikanischen Geist *à la française*. In dieser Atmosphäre haben wir viele Analogien gefunden zur Situation Polens in den 1980er Jahren, in der Zeit, als wir jung und aktiv waren. Das Polen der späten kommunistischen Ära war die Karikatur eines »demokratischen Sozialismus«. Vergleichsweise kann man das Tunesien im ersten Jahrzehnt des 21.

Jahrhunderts als Karikatur eines »demokratischen Liberalismus« bezeichnen, bei der sowohl der Liberalismus als auch die Demokratie, deklariert als Modernisierungsprogramm, nur noch hohle Phrasen waren. Einzuräumen ist jedoch, dass die Partei von Ben Ali, die Konstitutionelle Demokratische Sammlung, keine Partei von Kriminellen war, die sich nur mit dem Ziel einer Ausplünderung des Staates zusammengetan hatten. Vielmehr stammten die Mitglieder dieser Partei aus der Destour-Partei, der historischen Verfassungspartei, die unter der Führung von Habib Bourguiba die Unabhängigkeit Tunesiens erreicht hatte. Einer Partei, deren Ziel die ganze Zeit die Modernisierung dieses Landes gewesen war, interpretiert allerdings auf eine ganz spezifische Weise. Wenn man Bourguiba mit Gomulka vergleichen kann, dann haben auch Vergleiche von Ben Ali mit Jaruzelski ihre Berechtigung, denn Ben Ali selbst und seine Umgebung haben sich damals fürsorglich nach der Gesundheit des Generals erkundigt. In beiden Fällen entartete das System zu einer Kleptokratie, wobei diese in Tunesien Realität wurde. Ben Ali besaß nicht das Charisma eines Bourguiba, obwohl er viel offener und anfangs viel demokratischer war, zumindest in seinen Verlautbarungen. Statt einer Transformation des Systems im Sinne eines Aufbaus von marktwirtschaftlichen und demokratischen Strukturen, von denen nur Fassaden – auch natürlich zum Nutzen des Westens – entstanden, kam es zu einer Entwicklung, wie es sie auch im Polen der 1980er Jahre gab: der Aneignung weiterer Bereiche des Staates durch die Nomenklatur, durch Leute, die der Macht sehr nahe standen, vor allem durch die Familie von Ben Alis Ehefrau. Ben Ali und sein Schwager Belhasem Trabelsi stützten ihre Macht auf die Geheimdienste, die sie recht effektiv leiteten. Der Hauptfeind war die islamische Bewegung, die die Traditionen und Bestrebungen breiter gesellschaftlicher Kreise verkörperte, die keinen Anteil am »Staat der Destour-Partei« hatten. Den religiösen Aspekt des Ausschließens, der der Motor von Veränderungen ist, muss man als weitere Analogie zwischen dem in Polen vor 1989 herrschen-



den System und der Situation in Tunesien im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ansehen. Wobei die Brutalität, mit der Ben Ali mit der religiösen Opposition umging, nur mit dem kommunistischen Terror im Polen der Jahre 1953–56 vergleichbar ist. Das hatte für Tunesien weitreichende Folgen, die wir immer deutlicher spüren, wenn wir uns bewusst machen, dass die fortschreitende Verarmung des Mittelstandes in den letzten Jahren der Herrschaft von Ben Ali die Menschen immer mehr in die Fänge des Islams trieb, der einen bescheidenen Lebensstil als Tugend ansieht, insbesondere wenn es um Frauen geht.

In den vorangegangenen Reden tauchte oftmals das Motiv der »gestohlenen Revolution« auf. Das ist eine sehr interessante Frage. Ich stelle mir immer zwei Fragen: Wer hat wem diese Revolution gestohlen, und wie viele Akteure gab es tatsächlich, die darauf aus waren, die tunesische Revolution für sich, für ihre politischen, gesellschaftlichen, religiösen oder militärischen Ziele zu gewinnen? War das die tunesische Jugend, die sich auf Facebook und Twitter ihre neue tunesische Identität schuf? War das die ehemalige Gefolgschaft von Bourguiba, seine ehemaligen Minister und ihre Kinder? Die Generation der 60- und 70-Jährigen, deren Ikone Beji Caid Essebsi ist, der ehemalige Premier Tunesiens, der von Februar bis Dezember 2011 der faktische Führer der tunesischen Transformation war? Diese Gruppierung bekämpfte Ben Ali als Parvenü. Waren es die Parteigenossen von Ben Ali, die die Allmacht seiner Frau und seines Schwagers nicht mehr ertrugen und sich schon ein Jahr zuvor angeschiedigt hatten, die Macht zu übernehmen? Waren es die muslimischen Politiker – ich sage nicht Islamisten, denn das sind zwei verschiedene Kategorien –, die Leute von der Ennahda, der Partei der Wiedergeburt, die 1989 als Siegerin der von Ben Ali 1989 versprochenen ersten demokratischen Wahlen aufgelöst worden war, nachdem die Wahlen gefälscht und ihre Aktivisten ins Gefängnis gesteckt oder in die Emigration gezwungen worden waren, wo sie sich bis 2011 befanden? Oder waren es die so genannten Demokraten, die noch zu Zeiten Ben Alis versuchten, das System von innen auszuhöhlen, und die sich gegenüber dem Westen als Konkurrenten von Ben Ali im Kampf um das Präsidentenamt darstellten? Oder waren es schließlich diverse äußere Mächte, europäische und außer-europäische? Die Geschichte von Mohamed Bouazizi und die Legende der »Jasminrevolution« sind heute nur noch Mythen, die im Gedächtnis der Menschen immer mehr verblassen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, dass der Präsident, der Vorsitzende der Verfassungsgebenden Versammlung, und der Premier, als sie zum Jahrestag der Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi nach Sidi Bou Zid fuhren, um sein Andenken zu ehren und den Beginn der Revolution zu feiern, auf den dumpfen Hass der Einwohner dieser Stadt stießen.

Noch können wir heute auf keine der von mir gestellten Fragen eine überzeugende Antwort geben. Ebenso wenig, wie wir die Frage beantworten können, wer in welchem Maße von der tunesischen Revolution profitiert hat. Es ist bezeichnend, dass viele Tunesier sich nostalgisch nach den Zeiten von Ben Ali zurücksehnen. Aber genauso war es auch in Polen. Bei uns haben die Postkommunisten die zweiten

demokratischen Wahlen gewonnen, und viele Leute, die das Regime in den 1980er Jahren gestützt hatten, gelangten wieder an die Macht.

Die Komplexität der Revolution und der Veränderung der Machtverhältnisse hat Einfluss auf das gegenwärtige gesellschaftliche und politische Leben, auch auf die Wahlen, die die Tunesier in diesem Moment absolvieren müssen. Infolge der Revolution haben sich die Tunesier ihre Verfassung abgeschafft, ebenso wie auch andere wesentliche Instrumente zur Führung eines Staates. Trotzdem haben sie aber auch etwas Hervorragendes erreicht: Sie haben effektiv und auf demokratische Weise Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung durchgeführt. Schade nur, dass sie die Wahlkommission aufgelöst haben und deren Errungenschaft zunichte gemacht haben; jetzt müssen sie, nach Verabschiedung einer neuen Verfassung, diese Institution und ihre Strukturen neu aufbauen. Man kann ihnen auch dazu gratulieren, dass sie sehr vernünftig vorgegangen sind, indem sie sich dem politischen Dialog zwischen allen Gruppierungen geöffnet haben, von denen es heute gut hundertfünfzig gibt. Von den radikalen Salafisten, die alles ablehnen, was nach ihren Vorstellungen nicht islamisch ist, die sich am Rande des politischen Lebens gruppieren und manchmal ziemlich brutal, auch physisch, alle angreifen, die anders sind, bis zu Kommunisten und Piraten sowie einer recht zahlreichen Gruppe von Linksradikalen, die jedoch vor allem im Internet präsent sind. Meine tunesischen Freunde waren absolut schockiert und erschrocken darüber, dass plötzlich in Tunesien an die 150 politische Parteien auftauchten. Sie fragten, wie dies möglich sei, ob darin das Wesen der Demokratie bestehe? Ich erklärte ihnen, dass es in Polen zu Beginn der 1990er Jahre 350 solcher Parteien gegeben habe und mindestens vier Jahre vergehen mussten, damit sich das politische Leben einigermaßen stabilisierte.

Während unseres Seminars haben wir viel über die polnische *Solidarność* gesprochen, über die Rolle, die das Beispiel der polnischen Transformation spielen kann, über die Rolle schließlich, die die Europäische Union spielt oder spielen sollte. Sie erinnern sich an die alte lateinische *Maxime si vis pacem, para bellum* – willst du Frieden, bereite dich auf den Krieg vor. Seit langem schon sollte diese *Maxime* anders lauten. In der modernen Welt, wo die Demokratie zur tatsächlichen Grundlage der menschlichen Zivilisation wird, sollte es heißen: *si vis pacem, para solidaritatem* – willst du Frieden, sei bereit zur Solidarität, sei solidarisch mit anderen. Und diese Solidarität sollte nicht darin bestehen, solche Regime am Leben zu erhalten, diejenigen zu unterstützen, die dank des Geldes aus verschiedenen Finanzkanälen und Hilfsquellen ihre Länder auf Mafiaart regieren, und die demokratischen Länder erhalten und tolerieren diese Regime im Namen einer Politik der Sicherheit, indem sie herrschende Mafiasysteme bezahlen, um Ruhe und Frieden zu haben. Niemand lässt Einwanderer zu uns durch, also ist es okay. Eine solche Politik ist sehr kurzfristig, wovon wir uns im Falle Tunesiens überzeugen konnten. Das Beispiel dieses Landes hat die Fehler bei der richtigen Nutzung europäischer Mittel aufgezeigt. Das Fehlen einer wirksamen Koordination der Aktivitäten von EU-Mitgliedsländern nicht nur bei der Verteilung europäischer Entwicklungshilfefonds für Entwicklungs-

ziele in Tunesien, sondern auch bei der Koordination von Aktivitäten einzelner Mitgliedsländer für bilaterale Forschungsprojekte. Ein Versuch, solche Aktivitäten zu koordinieren, war der von der »Gemeinschaft der Demokratien« unternommene Versuch der Bildung einer Task Force für Tunesien. Vertreter ihrer Mitgliedsstaaten treffen sich bereits seit März dieses Jahres regelmäßig, um über konkrete Projekte zu diskutieren, die von der tunesischen Regierung präsentiert werden, und unternehmen konkrete Aktivitäten, die mit anderen Geldgebern koordiniert werden. Ein wichtiges Hilfsinstrument zum Aufbau der jungen tunesischen Demokratie wird zweifellos das im Entstehen begriffene »European Endowment for Democracy« sein. Zu hoffen ist, dass dank ihm die Europäische Union zu schnellen und präzisen Reaktionen in die Lage versetzt wird, die zu einer Konsolidierung von demokratiefördernden Aktivitäten führen werden. Von Aktivitäten, die das Entstehen stabiler Grundlagen der Demokratie in Tunesien ermöglichen, wie sie sich die Tunesier wünschen. Das betrifft aber nicht allein Tunesien.

Die Tunesier, Ägypter, Marokkaner und Libyer haben sich entschieden, neue politische Gruppierungen zu bilden, die die Entstehung von Demokratie in ihren Ländern fördern. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass die demokratischen Systeme, von denen wir hoffen, dass sie sich in den Ländern unserer südlichen Nachbarn etablieren, sich stark unterscheiden werden von den demokratischen Systemen, die wir in Europa geschaffen haben und die hier aber auch nicht homogen sind. An dieser Stelle möchte ich wieder an die Worte des Herrn Ministers anknüpfen, der an unsere Offenheit appelliert. Im Zuge unserer Debatte wurde oft der Name der Partei Ennahda genannt, die die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung gewonnen hat und die die wichtigste Kraft in der Regierungskoalition ist. In diesem Zusammenhang sprechen wir vom Volk und von der Partei, die gegenwärtig an der Macht ist, aber nicht – vielleicht noch nicht – die Partei der Macht in Tunesien ist, als einer Bedrohung für die tunesische Gesellschaft. Wenn man die Presse in europäischen Ländern liest, wird die Ennahda darin nur als Partei von Islamisten und Terroristen dargestellt. Es gibt jedoch ein zweites, vielleicht echteres Gesicht dieser Partei, oder um es präziser auszudrücken, dieser sozialen Bewegung, die um die Partei herum entstand und mit ihr vollkommen identifiziert wird.

Zusammen mit Zbigniew Bujak und Bartek Nowotarski habe ich im Oktober vergangenen Jahres die Wahlen in Tunesien beobachtet. Wir hatten Gelegenheit, Gliederungen dieser Partei in der tunesischen Provinz zu besuchen. Alle hatten wir den gleichen Eindruck, dass sich nämlich die Aktivisten und Sympathisanten dieser Partei ähnlich verhalten wie die Mitglieder der Solidarność in Polen. Jedenfalls herrschte dort eine ähnliche Atmosphäre. Das waren, das sind Leute, die begonnen haben, um ihre Würde zu kämpfen. Die Frage ist doch: Warum gewinnt der Islam so viele Anhänger und was ist das für ein Islam? Leider haben wir nicht die Zeit, um diese Fragen genau zu analysieren, die sicher für das gesamte Problem der Demokratisierung Tunesiens wichtig sind. Zu betonen ist, dass die letzten Jahre der Regierung von Ben Ali die Zeit einer fortschreitenden, vom Regime gesteuerten Islamisie-

rung waren, die antieuropäisch instrumentalisiert wurde. Das bedeutet nicht, dass die Scharia eingeführt wurde, aber es war ein Versuch des Regimes, die Tunesier auf ihre Seite zu ziehen, eines Regimes, das übrigens all das brutal bekämpfte, was es nicht kontrollieren konnte. Dieser Prozess muss von Politologen und Historikern detailliert erforscht werden. Zu bedenken ist, dass die Vertreter des Mittelstandes, die mit dem hohen Niveau nicht fertig wurden, das ihnen von den herrschenden Eliten und von mit diesen verbundenen Wirtschaftskreisen, die das Modernisierungsprogramm für Staat und Gesellschaft in Tunesien akzeptierten, aufgezwungen worden war, sich in den Islam flüchteten. Seit dem Moment meiner Ankunft in Tunis 2008 habe ich Tag für Tag immer mehr Frauen mit Kopftüchern gesehen. Das waren keine Islamistinnen, sondern gebildete, ihrer Rechte bewusste Tunesierinnen, die angesichts der Degeneration des Systems nach ihrer Identität suchten. Dabei darf man nicht vergessen, dass die tunesischen Frauen besser gebildet sind als die Männer. Zugleich gibt es mehr gebildete Frauen als gebildete Männer. Zweitens waren die tunesischen Frauen niemals sehr modern, obwohl sie die Modernisierung unterstützen mussten, um ihre gesellschaftliche und politische Position zu stärken. Außerdem hatte der besondere Status der Frauen in der tunesischen Gesellschaft, der von Präsident Bourguiba garantiert wurde, zur Folge, dass die Position der Frau dort tatsächlich sehr hoch ist, verstärkt durch die Tradition kolonialer Vorbilder, insbesondere innerhalb des Bürgertums. Die Rückkehr der Frauen zur traditionellen Bekleidung und zu traditionellen Verhaltensweisen zeigte sich noch stärker nach der Revolution. Sogar sehr gebildete Frauen, die ich vorher als befreite, liberale, gänzlich europäische Frauen kannte, wurden beinahe von einem Tag auf den anderen zu »guten« Musliminnen, tauschten die kurzen Kleider in traditionelle Tracht und verhüllten sich mit Tüchern. Sie trafen eine eigenständige, bewusste Wahl und sagten, endlich könnten sie sich so kleiden, wie sie wollten.

Der Sturz des Regimes von Ben Ali gab den Tunesiern Entscheidungsfreiheit und die Freiheit, ihre Identität zu demonstrieren, ebenso wie die Entstehung der Solidarność in Polen und später der Fall des Kommunismus, nach Jahren des zwangsweisen Lebens im Korsett der Modernisierung nach sowjetischer Art, eine starke Rückbesinnung auf den Katholizismus und patriotische Gefühle zur Folge hatten. Zwischen diesen beiden Prozessen gibt es eine gewisse Ähnlichkeit. Der Erfolg der Partei Ennahda ist ein Erfolg der Wahlfreiheit der Tunesier, die endlich frei ihrer Identität Ausdruck verleihen können. Und egal wie man das bewertet, diese ist im Islam tief verwurzelt, und keine Modernisierung wird das ändern.

Die Analogien zwischen den Veränderungen in Polen im Zeitraum 1980–1990 und den Umwälzungen, die es in Tunesien gegeben hat und immer noch gibt, lagen für viele Tunesier seit Beginn der Revolution auf der Hand. Schon am 16. Januar, zu einem sehr kritischen und für die weitere Entwicklung der Situation in Tunesien ausschlaggebenden Zeitpunkt, erhielt ich ein paar Anrufe von Bekannten aus der jetzigen Partei Ettacatol, der zweitgrößten der Regierungskoalition, sowie aus Nichtregierungsorganisationen, darunter auch von Frauen, mit der Bitte, die polni-

sche Botschaft möge ihnen helfen zu erklären, wie man mit diesen Veränderungen zurechtkommen und eine solche Transformation durchführen könne. Im März 2011 war in Tunesien eine Gruppe von Vertretern polnischer Nichtregierungsorganisationen zusammen mit meinen Kollegen vom Außenministerium, von der Abteilung für Entwicklungskooperation, zu Gast. Wir hatten Gespräche mit vielen Vertretern politischer Gruppierungen sowie mit Repräsentanten der Bürgergesellschaft. Wir sprachen auch mit Vertretern der islamischen Partei Ennahda. Ich war der zweite Botschafter, der sich mit Vertretern dieser Partei traf. Diese waren der jetzige Premierminister und der jetzige Innenminister, die schon damals betonten, sie bräuchten polnische Expertise im Bereich der *Transitional Justice* und der Reform des Systems der Regionalentwicklung, darunter auch der territorialen Selbstverwaltung. Auch erwarteten sie polnische Beratung bezüglich der Schaffung eines neuen Systems. Sie wollten wissen, worauf das polnische Modell der Transformation basiert, welches seiner Elemente mit den tunesischen Bedingungen kompatibel sei. Folge dieser Gespräche war die Realisierung von etwa 30 Projekten im Jahr 2011 durch die Botschaft der Republik Polen. Darunter befanden sich umfangreiche Schulungsprojekte für lokale politische und gesellschaftliche Aktivisten. Über 150 Personen wurden weitergebildet zum Aufbau lokaler Selbstverwaltungen, zur Erstellung einer Verfassung, zum Aufbau eines Verfassungssystems und eines Wahlsystems. Die Mehrheit dieser Projekte wird im Jahr 2012 weitergeführt. Das ist eine reale Antwort auf die Bedürfnisse der Tunesier. Ich hätte nie gedacht, dass die kleine polnische Botschaft derartige Projekte würde realisieren können. Als wir eine Liste mit Anliegen von unseren tunesischen Freunden aus den politischen Parteien, der Bürgergesellschaft sowie von Vertretern der damaligen Regierung erhielten, stellte sich heraus, dass die polnischen Experten über ein einzigartiges Wissen und über Erfahrung verfügen, die den Tunesiern dabei helfen kann, einen eigenen Weg zur Demokratie und zur Transformation ihres Staates und ihrer Gesellschaft zu finden. Der Aufbau eines demokratischen Systems macht das Entstehen einer Bürgergesellschaft erforderlich. Ich weiß nicht, wie man die Bürgergesellschaft im heutigen Tunesien beschreiben soll. Wir haben ein breites Wissen über die Bürgergesellschaft in Polen oder, allgemeiner, in Osteuropa, über eine Gesellschaft, die eine tiefgreifende Transformation durchlaufen hat. Wir wissen jedoch nicht, was heute der Begriff Bürgergesellschaft in Tunesien bedeutet. Sicher hat dieser Begriff heute eine völlig andere Konnotation als zu Ben Alis Zeiten. Dies dürfen wir nicht vergessen, wenn wir unsere Unterstützung der demokratischen Transformation in diesem Land anbieten. – Ich danke Ihnen.

Dieter Bingen: Meine Damen und Herren, angesichts der fortgeschrittenen Zeit kann ich nur noch einmal Herrn Professor Chennoufi das Wort geben. Er geht kurz auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Themen Frauen im Islam, Salafismus und der demokratischen Transformation ein.

Ali-Ridha Chennoufi: Ja, das ist ein sehr schwieriges Thema und ich habe leider keine Lösung, sondern nur Hypothesen. Eine Strategie von Salafisten und nicht nur

Salafisten war und ist es, Probleme künstlich zu schaffen, damit die Leute, die sehr an einer islamischen Partei hängen, glauben, dass der Islam in Gefahr ist. Ich kann jetzt klar sagen, dass die Regierung ihre besondere Verantwortung hat. Wir haben immer zu dieser Regierung gesagt, dass sie sich ganz klar gegen die Salafisten wehren sollte, aber sie hat nicht darauf gehört. Vor einigen Tagen hat sie sich endlich entschieden, etwas gegen diese Salafisten zu tun, weil sie selbst auch manipuliert wurde. Ich will das auch nicht kritisieren, jeder kann instrumentalisiert werden, vor allem, wenn jemand keine Erfahrung mit der Macht hat, also kann man das verstehen, aber jetzt muss damit Schluss sein. Wir werden nur Erfolg haben, wenn man ganz klar versucht, den Leuten zu zeigen, dass es einen Islam gibt, der moderat und aufgeklärt ist, und dass der Koran überhaupt nichts mit diesen Salafisten zu tun hat. Das zum einen. Zum anderen, da das ganze Volk Moslems sind, kann uns niemand sagen, dass unser Islam gegen Gefahren von außen verteidigt werden muss, mit dieser Geschichte muss jetzt Schluss sein! Das ist ein Rat an die Regierung. Wenn sie wirklich diese demokratische Transformation schaffen will, dann muss sie wirklich den aufgeklärten Islam verteidigen. Und wenn sie den aufgeklärten Islam verteidigt, dann werden alle Tunesier dafür sein. Das Volk braucht Frieden. Und wenn alle, auch die Demokraten, unserem Volk zeigen, dass der Islam überhaupt nicht in Frage gestellt wird, dann werden die Leute nicht diese Furcht haben. Das ist meine Hypothese.

Dieter Bingen: Danke schön, Herr Chennoufi. Möge sie sich bewahrheiten. Wir sind am Ende eines langen Tages. Die Dauer der Veranstaltung ist auch dem großen Informations- und Dialogbedürfnis geschuldet, das in diesem Kreis existiert. Wir haben noch vieles nachzuholen, wenn es um die Wahrnehmung dessen geht, was in unserer direkten Nachbarschaft geschieht, was uns schließlich direkt betrifft. Wir hörten vor allem von Tunesien, das nur eines von mehreren Ländern des Umbruchs ist. Und für jedes einzelne Land braucht es positive Signale und Programme. Dabei spielt das Thema »Konditionalität« eine wichtige Rolle. Herr Al-Sadi sagte: Sie haben keine Angst mehr. Diesen Gesellschaften oder Gruppen, die Angst überwunden haben, ihnen hat das Interesse der Europäer zu gelten, der respektvolle Dialog. Dazu gehören gesellschaftspolitische, zivilgesellschaftliche Programme, für politische Bildung, für Berufsbildung. Wir sprechen von der jungen Generation, es ist eine Revolution der jungen Generation gewesen, der gut ausgebildeten, der Hoffnungslosen, die eine Perspektive brauchen.

Meine Damen und Herren, wir danken Ihnen für Ihr Interesse. Ich danke Direktor Basil Kerski und dem Europäischen Solidarność-Zentrum für die gute Zusammenarbeit bei diesem gemeinsamen Unternehmen. Ein herzlicher Dank nochmals an die Panelisten und an Herrn Zbigniew Bujak und ein besonderer Dank auch an die Dolmetscherinnen Isabella Gusenburger und Maria Scharfenberger, für die Arbeit, die Sie geleistet haben. Herzlichen Dank an die Landesvertretung Rheinland-Pfalz. Noch einen schönen Abend Ihnen allen.

Biogramme

Dr. Ahmad Al-Sadi, in Irbid, Jordanien, geborener Palästinenser, seit 1971 in Deutschland lebend, 1985 Promotion an der FU Berlin in Wirtschaftswissenschaften, 1971–2001 unternehmerische Tätigkeit (kaufmännische Leitung, Geschäftsführung), Tätigkeit für UNO und UNO-Unterorganisationen (UNHCR, UNDR, UNCTAD, UNRWA) in Genf, Wien, Brasilien, Peru, im Sudan, in Indien; 2006–2010 Interkultureller Moderator, Campus-Rütli, Berlin.

Adam Balcer, Leiter des Programms »Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU« im Warschauer Think Tank demosEUROPA Zentrum für Europäische Strategien, Dozent am Institut für Osteuropastudien der Universität Warschau. Spezialist für den südeuropäischen Raum, Nordafrika, den Nahen Osten und die Türkei.

Prof. Dr. Dieter Bingen, Politikwissenschaftler und Zeithistoriker. Seit 1999 Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, 1973–1978 Studium der Politischen Wissenschaft, Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Soziologie u. a. an der Universität Bonn; 1979 Promotion. 1980–1999 Polenreferent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln. Honorarprofessor für das Gebiet »Kultureller Wandel und gesellschaftliche Transformationsprozesse in Europa« an der Fakultät Wirtschafts- und Sprachwissenschaften der Hochschule Zittau/Görlitz (seit 2004). Gastprofessor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt.

Zbigniew Bujak war in der demokratischen Opposition der Volksrepublik Polen aktiv. Abgeordneter der I. und II. Wahlperiode des Sejm der Republik Polen. 1980 Mitbegründer der Gewerkschaft Solidarność in den Traktorenwerken Ursus bei Warschau und erster Vorsitzender der Gewerkschaft der Region Mazowsze. Nach Verhängung des Kriegsrechts 1981 im Untergrund. 1989 Teilnehmer an den Gesprächen des Runden Tisches. Mitbegründer des Ruch Obywatelski Akcja Demokratyczna (Bürgerbewegung Demokratische Aktion – ROAD), nach dem Beitritt dieser Gruppierung zur Unia Demokratyczna (Demokratische Union – UD) an der Spitze des Ruch Demokratyczno-Społeczny (Demokratisch-Gesellschaftliche Bewegung – RDS). 1999 bis 2001 Leiter der Hauptzollbehörde in der Regierung von Jerzy Buzek. Er gehört der »Vereinigung des Freien Wortes« an.

Prof. Dr. Ali-Ridha Chennoufi, Professor für Politische Philosophie an der Universität Tunis. Seit 2011 Direktor des Instituts für Philosophie an der Universität. Publikationen über das philosophische Denken von Jürgen Habermas sowie über den indischen Gerechtigkeitsphilosophen und Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen und den Staatsrechtler Hans Kelsen. Zahlreiche Zeitungskommentare und Analysen zu den jüngsten politischen Umbrüchen in Tunesien und Nordafrika.

Basil Kerski, deutsch-polnischer Journalist, Politikwissenschaftler und Essayist. Seit März 2011 Direktor des Europäischen Solidarność-Zentrums in seiner Geburtsstadt Danzig. Seit 1998 Chefredakteur des zweisprachigen deutsch-polnischen Magazins

DIALOG. Ehrenamtlicher Geschäftsführer der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband und Redakteur der Politikzeitschrift PRZEGLĄD POLITYCZNY.

Markus Meckel, Außenminister a. D., Pfarrer i. W., 1971 bis 1978 Theologiestudium in Naumburg und Berlin; 1980 bis 1988 Vikariat und evangelisches Pfarramt in Vip-perow/Müritz, Mecklenburg; 1988 bis 1990 Leiter der Ökumenischen Begegnungs- und Bildungsstätte in Niederndodeleben bei Magdeburg; oppositionelle politische Arbeit in der DDR seit den 1970er Jahren; mit Martin Gutzeit Initiator der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP); Vertreter der SDP am Zentralen Runden Tisch; Mitglied der Volkskammer vom 18. März bis 2. Oktober 1990, April bis August 1990 letzter Außenminister der DDR; Mitglied des Deutschen Bundestages von 1990 bis 2009.

Prof. Dr. Bronisław Misztal, politischer Analyst, Publizist, Soziologe, Professor der Warschauer Universität, 2005–2011 Dekan der Soziologischen Fakultät an der Catholic University of America, Washington DC, Geschäftsführer der intergovernmentalen Organisation »Gemeinschaft der Demokratien« (Community of Democracies), Dezember 2007 bis Januar 2009 Direktor des Politischen Büros im Außenministerium der Republik Polen. Schwerpunkte der wissenschaftlichen Arbeit: Sozialpolitik, Transformationsanalyse und Sozialtheorie.

Dr. Bartłomiej A. Nowotarski, Politik- und Rechtswissenschaftler an der Wirtschaftsuniversität Breslau. 1990–1994 Experte des Verfassungsausschusses und des Wahlordnungsausschusses im polnischen Parlament. 12 Jahre lang Stadtrat von Breslau, 1994–1998 stellvertretender Stadtpräsident. Mitglied im Programmrat des Instituts für Islamstudien in Breslau und Experte des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (ISP, Warschau).

Dr. Krzysztof Olendzki, ehemaliger Botschafter der Republik Polen in Tunis. Studium der Geschichte an der Universität Warschau und Promotion am Historischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN) und an der Scuola Superiore di Studi Storici dell'Università di San Marino. Seit 1998 im polnischen Außenministerium, u. a. als stellvertretender Direktor des Polnischen Instituts und I. Botschaftsrat in Rom und Tallinn. Januar 2006 bis Dezember 2007 Unterstaatssekretär im Ministerium für Kultur und Nationales Erbe, seit Januar 2007 Regierungsbeauftragter für die Organisation der Internationalen Ausstellung EXPO 2012 in Breslau. August 2008 bis Januar 2012 Botschafter in Tunis, Berater von Ministerpräsident Tusk.

Prof. Dr. Volker Perthes, Politikwissenschaftler und seit 2005 Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit in Berlin. Graduiertenstipendiat des DAAD (1986–87 in Damaskus). 1990 Promotion in Duisburg. Von 1991–93 Assistenz-Professor an der Amerikanischen Universität Beirut, Lehre an den Universitäten Duisburg, Münster und München. Habilitation 1999. Apl. Professor an der Humboldt-Universität Berlin und Honorarprofessor an der FU Berlin.